

Unterrichtung

durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung/Zusammenfassung	3
Zu Kapitel A: Aktuelle Herausforderung Nachhaltigkeit	3
Zu Kapitel B: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie	3
Stärkung des Nachhaltigkeitsmanagements	3
Wege zur weiteren Stärkung der Strategie	4
Zu Kapitel C: Stand der Nachhaltigkeit in Deutschland: Indikatoren und Ziele für eine nachhaltige Entwicklung	5
A – Generationengerechtigkeit	5
Indikator 1 – Ressourcenschonung	5
Indikator 2 – Klimaschutz	6
Indikator 3 – Erneuerbare Energien	6
Indikator 4 – Flächeninanspruchnahme	7
Indikator 5 – Artenvielfalt	7
Indikator 6 – Staatsverschuldung	7
Indikator 7 – Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge	8
Indikator 8 – Innovation	8
Indikator 9 – Bildung	8
B – Lebensqualität	9
Indikator 10 – Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	9
Indikator 11 – Mobilität	9
Indikator 12 – Landbewirtschaftung	10
Indikator 13 – Luftqualität	11
Indikator 14 – Gesundheit und Ernährung	11
Indikator 15 – Kriminalität	12

	Seite
C – Sozialer Zusammenhalt	12
Indikator 16 – Beschäftigung	12
Indikator 17 – Perspektiven für Familien	13
Indikator 18 – Gleichstellung	13
Indikator 19 – Integration	13
D – Internationale Verantwortung	14
Indikator 20 – Entwicklungszusammenarbeit	14
Indikator 21 – Märkte öffnen	14
Zu Kapitel D: Nachhaltigkeit konkret: Schwerpunktthemen	14
I. Nachhaltiges Wirtschaften	15
II. Klima und Energie	15
III. Nachhaltige Wasserpolitik	16
Zu Kapitel E: Laufende Berichterstattung: Nachhaltigkeit in einzelnen Politikfeldern	17
I. Nachhaltige und tragfähige Finanzpolitik	17
II. Nachhaltige Mobilität	18
III. Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion	18
IV. Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	18
V. Gesundheit	19
VI. Soziale Eingliederung, Demografie und Migration	19
VII. Globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und nachhaltige Entwicklung	20
VIII. Allgemeine und berufliche Bildung	21
IX. Forschung und Entwicklung	21
Zu Kapitel J: Nachhaltige Entwicklung in Europa	21
Zu Kapitel K: Nachhaltigkeit im Rahmen der Vereinten Nationen	22

Einleitung/Zusammenfassung

Damit eine Gesellschaft sich nachhaltig entwickeln kann, sollte dieses Leitbild in sämtliche Bereiche des Lebens integriert werden. Es braucht eine Kultur der Nachhaltigkeit, die helfen soll, die Kluft zwischen Wissen und Handeln zu schließen. Es geht darum, welche Werte für uns angesichts der großen Herausforderungen wichtig sind und wie wir Lebensqualität, Zufriedenheit und Ansehen definieren in einem Zeitalter, in dem die Kenntnis um weltweit begrenzte Ressourcen, Globalisierung und Umweltbelastungen vorhanden ist. Immer mehr Menschen beginnen wieder neu, herauszufinden, was Ihnen wirklich wichtig ist – gesellschaftlicher Zusammenhalt, Stabilität, Sicherheit vor Krisen, Reichtum in Beziehungen, Entfaltung der Kreativität und eine gute Zukunft für die kommenden Generationen. Die Gesellschaft sollte neue kulturelle Bilder und Symbole für Nachhaltigkeit entwickeln. Dabei müssen die Menschen für eine nachhaltige Ausgestaltung der Gesellschaft begeistert und frühzeitig in die Entwicklung alternativer Modelle eingebunden werden.

Der Fortschrittsbericht 2012 zur nachhaltigen Entwicklung, den der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE) mit der vorliegenden Unterrichtung bewertet und kommentiert, ist ein wichtiges Instrument für die Diskussion der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auf einer breitgefächerten Grundlage.

Der PBNE spricht sich mit seiner Unterrichtung dafür aus, den eingeschlagenen Weg des Nachhaltigkeitsmanagements fortzusetzen und an den Stellen, an denen er Handlungsbedarf feststellt, die Grundlagen für eine Stärkung des Managements zu schaffen bzw. die bestehenden Möglichkeiten zu optimieren.

Bei der Betrachtung der Indikatoren kann insgesamt eine gemischte Entwicklung festgestellt werden. Während einige Indikatoren die Zielstellung nach derzeitigem Stand problemlos erreichen können bzw. bereits erreicht haben, wird bei anderen Indikatoren deutlich, dass noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um das gesteckte Ziel zu erreichen oder zumindest eine Trendwende zu bewirken. Nicht nachvollziehbar ist, dass bei manchen Indikatoren die Zielstellung deutlich abgeschwächt worden ist, ohne darüber eine breite politische Diskussion zu führen und das Parlament mit einzubeziehen. Praktische Fragen der vertikalen Integration der Nachhaltigkeitsstrategie dürfen aus Sicht des PBNE nicht dazu führen, dass bislang ehrgeizigere Ziele durch schwächere ersetzt werden. Des Weiteren gibt es immer noch Indikatoren, deren Zielschärfe durch Konkretisierung verbessert werden sollte.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt die Schwerpunktsetzung bei den Themen „Nachhaltiges Wirtschaften“, „Klima und Energie“ und „Nachhaltige Wasserpolitik“ sowie die laufende Berichterstattung aus einzelnen Politikfeldern. Basierend auf der Bewertung der einzelnen Themenfelder leitet der PBNE konkrete Handlungsoptionen ab und unterbreitet Vorschläge und Erwartungen sowohl gegenüber der Bundes-

regierung als auch im Hinblick auf Länder, Kommunen und gesellschaftliches Handeln.

Zu Kapitel A: Aktuelle Herausforderung Nachhaltigkeit

„Krisen – oft eine Folge fehlender Nachhaltigkeit“, so heißt es im Kapitel „Aktuelle Herausforderung Nachhaltigkeit“. Die größten Herausforderungen sind derzeit der Klimawandel, die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, die Finanz- und Schuldenkrise, die Gestaltung des demografischen Wandels und auch die Endlagersuche für Atommüll. Allesamt beruhen auf mangelnder Nachhaltigkeit. Deshalb nimmt der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE) den Slogan im selbigen Kapitel „Weichen jetzt stellen“ ernst und fordert die jetzige wie künftige Regierungen auf, zehn Jahre nach Vorlage der Nachhaltigkeitsstrategie das Prinzip in alle Politikbereiche zu integrieren und jegliches Regierungshandeln stärker auf Nachhaltigkeit hin auszurichten.

Zu Kapitel B: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Stärkung des Nachhaltigkeitsmanagements:

Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung

Die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung wird drei Jahre nach ihrer Einführung in den einzelnen Bundesministerien immer noch qualitativ unterschiedlich umgesetzt. Im parlamentarischen Verfahren wird sie bislang praktisch kaum wahrgenommen. Das dürfte nicht zuletzt auch daran liegen, dass der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung in der Geschäftsordnung noch nicht verankert ist. Damit hat auch die Nachhaltigkeitsprüfung im Gesetzgebungsverfahren nicht den Stellenwert wie auf ministerieller Ebene, wo sie bereits seit 2009 in der Gemeinsamen Geschäftsordnung steht.

Hinsichtlich der Nachhaltigkeitsprüfung auf Länderebene ist zu begrüßen, dass auch einige Bundesländer wie Baden-Württemberg und Hessen mit Nachhaltigkeitsprüfungen begonnen haben. Insgesamt aber weist die vertikale Integration der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie weiterhin Verbesserungspotenzial auf. Denn Gesetzentwürfe des Bundesrates enthalten in der Regel (von einigen Ausnahmen abgesehen) keine Aussagen zur nachhaltigen Entwicklung. Anknüpfend an die Nachhaltigkeitsprüfungen in einzelnen Bundesländern sollte hier verstärkt bei den Bundesländern dafür geworben werden, eine Nachhaltigkeitsprüfung in alle Gesetzesvorhaben des Bundesrates aufzunehmen.

Aktivitäten des Staatssekretärsausschusses

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass die Bundesregierung die Arbeit des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung in der 17. Wahlperiode fortgeführt hat. Damit wurde ein wichtiger Akteur im Gefüge des Nachhaltigkeitsmanagements etabliert.

Der PBNE hat sich in der laufenden Wahlperiode mehrfach mit Positionspapieren an der Arbeit des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung beteiligt und sie somit inhaltlich begleitet. Aus Sicht des PBNE wäre es wichtig, dass die laufende Zusammenarbeit auch in der nächsten Wahlperiode fortgesetzt wird und damit ein Zeichen für die große Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit für die Politikgestaltung in Deutschland, aber auch in Europa, gesetzt wird.

Der PBNE begrüßt, dass der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung Mitte 2012 erstmals den Titel eines „Leuchtturmprojektes der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ vergeben hat. Damit wird jährlich mindestens einem Regierungsprojekt, das die Ziele und Methoden der Nachhaltigkeit praktisch umsetzt, mehr Sichtbarkeit verliehen.

Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit

Mit dem „Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit“ wird das Beschaffungswesen des Bundes nach ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet. Diese Vorbildfunktion ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der PBNE hat in früheren Stellungnahmen bereits darauf hingewiesen, dass der Staat hier im Rahmen seiner Möglichkeiten mit gutem Beispiel vorangehen sollte.

Peer-Review zur Strategie

Zum Bericht „Peer Review 2009“ hatte der PBNE im Frühjahr 2010 eine Stellungnahme (Bundestagsdrucksache 17/1657) abgegeben, auf die er an dieser Stelle verweist. Auch wenn die Sichtweise der internationalen Experten nicht in allen Punkten die besonderen Gegebenheiten und Ansätze der deutschen Nachhaltigkeitspolitik würdigt, sieht der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung in der geäußerten Kritik und den daraus resultierenden Vorschlägen durchaus einige gute Ansatzpunkte für Verbesserungen, auf die er in seiner Stellungnahme näher eingegangen ist.

Bund-Länder-Zusammenarbeit

Für die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist eine stärkere Verzahnung von Bund, Ländern und Kommunen unerlässlich.

Die Bundesländer hatten sich im Fortschrittsbericht 2008 für eine engere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bereich nachhaltiger Entwicklung ausgesprochen. Die im Fortschrittsbericht 2012 dargestellten Aktivitäten lassen allerdings den Schluss zu, dass hier noch erhebliches Verbesserungspotenzial liegt. Dies bestätigt auch das WWF „Politikbarometer zur Nachhaltigkeit in Deutschland“. Nach wie vor hält der PBNE es für wichtig, dass konkrete Vorschläge der Bundesregierung für eine stärkere Verzahnung der Nachhaltigkeitsstrategien von Bund und Ländern erörtert werden. Die für die Zusammenarbeit im Rahmen der Bund-Länder-Regierungsarbeitsgruppe Nachhaltigkeit festgelegten Themen sind ein richtiger Schritt. Gerade hinsichtlich der Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und bezüglich weiterer

Nachhaltigkeitsziele gibt es große Schnittmengen zwischen Bundes- und Landespolitik, die in einer engeren Kooperation genutzt werden sollten.

Aus Sicht des PBNE sollte sowohl der Austausch auf Regierungsebene vertieft als auch auf Parlamentebene begonnen werden. Nach wie vor haben die Mitglieder des PBNE auf Landesebene kaum Ansprechpartner. Parallel zur Anbindung der Nachhaltigkeitsstrategie im Bundeskanzleramt sollten die Länder ihrerseits ebenfalls die Nachhaltigkeitsstrategie in den Staats- und Senatskanzleien im unmittelbaren Umfeld der Regierungschefs ansiedeln. Zudem sollten die Bundesländer prüfen, inwieweit sie die nationale Nachhaltigkeitsstrategie in eine eigenständige und themenübergreifende Arbeitsgruppe in der Ministerpräsidentenkonferenz mit Querschnittsaufgaben integrieren können. Dies würde dem Thema auf Länderebene eine größere Bedeutung einräumen und zudem die Bund-Länder-Kooperation ausbauen und optimieren. Aus Sicht des PBNE reicht es für eine umfassende Kooperation nicht aus, das Thema in größeren Abständen bei den Besprechungen der Chefs der Staats- und Senatskanzleien (CdS) mit dem Chef des Bundeskanzleramtes anzusprechen. Hier ist mehr Kontinuität erforderlich.

Zu begrüßen ist, dass die Allianz für eine nachhaltige Beschaffung fortgesetzt werden soll. Bund und Länder haben hier die Möglichkeit, durch eine entsprechend große Nachfrage einen wichtigen Impuls für den Bereich der nachhaltigen Beschaffung zu setzen. Umso weniger ist es nachvollziehbar, dass seitens des Bundesrates nachhaltigere Beschaffungskriterien abgelehnt werden.

Zusammenarbeit mit kommunalen Spitzenverbänden

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass die Bundesregierung die kommunalen Spitzenverbände weiter einbeziehen will. Vor dem Hintergrund des WWF „Politikbarometers zur Nachhaltigkeit in Deutschland“ ist dies aus Sicht des PBNE dringend geboten, da Nachhaltigkeit in vielen Bereichen auf lokaler Ebene umgesetzt wird, wie beispielsweise die Flächenneuanspruchnahme oder der Ausbau erneuerbarer Energien.

Wege zur weiteren Stärkung der Strategie:

Vision 2050 – Langfristigkeit innerhalb der Strategie stärken

Dass die Bundesregierung vereinzelt bereits langfristige Perspektiven bis 2050 in die Zielstellungen der Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen hat, entspricht den Forderungen des Peer Review 2009 und des PBNE. Dies sollte bei der Fortentwicklung auch der weiteren Indikatoren stets mit geprüft werden. Hinsichtlich des weitergehenden Horizontes bis zum Jahr 2050 hatte der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung empfohlen, bei der Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie im Fortschrittsbericht 2012 bei den Indikatoren und Zielen, bei denen eine über die bislang festgelegten Ziele hinaus längerfristige Planung sinnvoll ist, die konkreten Zielvorgaben auf das Jahr 2030

auszuweiten und weitergehende Vorstellungen bis zum Jahr 2050 zu skizzieren. Dies sollte bei der noch ausstehenden Indikatoren-Analyse 2012 erfolgen. Diese weitergehenden Zielwerte sollten zum einen realistisch sein, damit sie mit den gegebenen Instrumenten annähernd erreicht werden können. Zum anderen sollten sie ehrgeizig genug sein, um Ansporn zur Entwicklung neuer Instrumente zu geben.

Der Blick von außen – hilft

Es ist zu begrüßen, wenn im Jahr 2013 erneut eine externe Begutachtung der deutschen Nachhaltigkeitspolitik in Form eines Peer Review erfolgt. Allerdings sollte im Vorfeld bereits darauf hingewiesen werden, dass eine einseitige Betrachtung einer kohlenstoffarmen Lebensweise, wie es im Peer Review 2009 im Mittelpunkt der Betrachtungen gestanden hat, wenig hilfreich ist. Wichtig ist, bei einer externen Begutachtung der deutschen Nachhaltigkeitspolitik den Blick möglichst auf alle Bereiche und Ebenen zu werfen.

Gesellschaftlicher Dialog – Nachhaltigkeit kann nur gemeinsam gelingen

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung mit den beiden im Fortschrittsbericht 2012 dargestellten Aktionen „Mitreten U“ und „Dialog zur Nachhaltigkeit“ Angebote geschaltet hat, um die Gesellschaft stärker in die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie einzubinden. Es wäre schön, wenn die bedeutendsten Vorschläge nicht nur vereinzelt, sondern zusammengefasst den jeweiligen Kapiteln im Fortschrittsbericht vorangestellt würden.

Eine umfassende Bürgerbeteiligung am Konsultationsprozess der Bundesregierung zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist Voraussetzung, um den Gedanken der Nachhaltigkeit tiefer in der Gesellschaft zu verankern. Personelle und finanzielle Ressourcen sowie die politische Unterstützung seitens der Bundesregierung sind dafür zwingende Voraussetzung.

Zu Kapitel C: Stand der Nachhaltigkeit in Deutschland: Indikatoren und Ziele für eine nachhaltige Entwicklung

Weiterentwicklung der Indikatoren

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung geprüft hat, inwieweit Indikatoren angepasst werden können. Dabei ist es richtig, dass eine gewisse Kontinuität gewahrt werden sollte, um auch über längere Zeiträume Daten zu vergleichen. Indikatoren, die sich in den zurückliegenden Jahren als ungeeignet erwiesen haben, sollten aber auch entsprechend geändert werden, wie es beispielsweise beim Indikator 15 erfolgte. Hier erwartet der PBNE bei der Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zum Jahr 2016 auch bei anderen Indikatoren eine sinnvolle Optimierung. Schwierigkeiten bei der vertikalen Integration sind dabei nicht zwingend als Hinderungsgrund ersichtlich. Unabhängig von der Frage einer Änderung der Indikatoren enthält die nationale Nachhaltigkeitsstrategie bereits jetzt Indikatoren, für die der Bund

nicht zuständig und somit auf die Unterstützung der Länder angewiesen ist.

„Bei einigen Indikatoren wurde ein längerfristiger Zeithorizont bzw. ambitioniertere Zielstellungen aufgegriffen. Dies wird vom PBNE begrüßt. Gleichzeitig bedauert er, dass bei einigen Indikatoren durch zeitliche Verschiebung der Zielstellung eine deutliche Verschlechterung der Ziele stattgefunden hat.“

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass die Bundesregierung hinsichtlich eines Indikators „Nachhaltiger Konsum“ ab dem Jahr 2012 Forschungsvorhaben unternimmt. Der PBNE bittet die Bundesregierung, ihn regelmäßig über die Fortschritte zu informieren und plädiert weiterhin dafür, auch die essentielle Ressource Wasser in das Indikatorensystem aufzunehmen.

Wo wir stehen: Analyse zum Stand der Nachhaltigkeitsindikatoren

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass bei den Indikatoren, bei denen Querbezüge zu anderen Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie dargestellt werden können, diese Bezüge ausgewiesen werden. Diese zusätzliche Information verdeutlicht die Gesamtsystematik und erleichtert es, das Indikatorensystem nachzuvollziehen.

A – Generationengerechtigkeit

Indikator 1 – Ressourcenschonung

Beim Umgang mit natürlichen Ressourcen gibt es nach wie vor akuten Handlungsbedarf, da die Effizienzsteigerungen bei Energie und Rohstoffen stagnieren.

1 a/b Energieproduktivität und Primärenergieverbrauch

Mit dem neuen Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie, der Halbierung des Primärenergieverbrauchs bis 2050, wird eine Forderung sowohl aus dem Peer Review 2009 als auch aus der Stellungnahme des PBNE aus dem Jahr 2010 umgesetzt. Leider stagniert die Entwicklung. Nach den vorliegenden Ergebnissen ist nicht zu erwarten, dass das für das Jahr 2020 gesetzte Ziel tatsächlich erreicht werden kann. Im Vergleich zum Indikatorenbericht 2010 hat sich zudem der Trend verschlechtert.

Für eine nachhaltige Entwicklung ist nicht nur die Energieeffizienz, sondern auch die Verringerung des Energieverbrauches insgesamt bedeutsam. Dabei sind auch Strategien zu entwickeln, wie die sogenannten Reboundeffekte vermieden werden. Hierfür kann u. a. die Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie in deutsches Recht ein Weg sein.

Die Gebäudesanierung ist ein Schlüssel für die Bekämpfung des Klimawandels und für den Erfolg der Energiewende. Dafür müssen Bund und Länder gemeinsam ihrer Verantwortung gerecht werden.

1 c Rohstoffproduktivität

Die bislang ergriffenen Maßnahmen reichen nicht aus, das für das Jahr 2020 im Hinblick auf die Steigerung der Rohstoffproduktivität gesetzte Ziel zu erreichen. Deshalb nimmt der PBNE zur Kenntnis, dass die Bundesregierung mit der Rohstoffstrategie und dem Ressourceneffizienzprogramm „ProgRess“ weitere Maßnahmen ergreift. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass „ProgRess“ die gesamte Wertschöpfungskette betrachtet, um eine nachhaltige Rohstoffversorgung zu sichern, Ressourceneffizienz in der Produktion zu steigern, Konsum ressourceneffizienter zu gestalten, eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft auszubauen sowie übergreifende Instrumente zu nutzen. Dabei müssen Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards geachtet werden. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um sicherzustellen, dass die deutsche Wirtschaft im Bereich der Rohstoffverarbeitung Rohstoffe einspart sowie den Einsatz von recycelten Rohstoffen und die Rohstoffproduktivität und -effizienz steigert. Dies ist jedoch nicht nur eine Aufgabe der Politik, die letztendlich nur den Rahmen vorgeben und gestalten kann. Hier sind auch die Abnehmer der Rohstoffe, also letztendlich die produzierende Industrie und das produzierende Gewerbe gefordert.

Die Darstellung der indirekten Importe in der Grafik hatte der PBNE bereits seit längerem gefordert, denn die Ressourceneffizienzziele müssen auch für importierte Güter gelten. So wurden laut Statistischem Bundesamt 2009 538 Mio. Tonnen Güter importiert, für deren Herstellung rund dreimal so viele Rohstoffe eingesetzt wurden.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat mit den Positionspapieren „Wachstumspotenzial Umwelttechnologien“ und „Natürliche Ressourcen – Steigerung der Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft“ konkrete Schritte hin zu mehr Effizienz sowohl im Energiebereich als auch im Bereich der mineralischen Rohstoffe aufgezeigt. Weitere ehrgeizige Maßnahmen sind erforderlich, um die Ziele zu erreichen.

Indikator 2 – Klimaschutz

Treibhausgasemissionen

Die Treibhausgasemissionen lagen im Jahr 2011 laut einer Zeitnahprognose des Umweltbundesamtes rund 26 Prozent unterhalb des Niveaus von 1990. Damit liegen sie nach einem kurzen Anstieg im Jahr 2009 wieder im sinkenden Trend, aber mit weltweit relativ hohen Pro-Kopf-Emissionen bei Treibhausgasen muss Deutschland weiter ambitioniert voranschreiten. Auf internationaler Ebene sind wegen unzureichender Ergebnisse der bestehenden Abkommen weitere Schritte in Richtung Klimaschutz nötig, die Produktionsverlagerungen ins weniger regulierte Ausland verhindern. Ohne verbindliche internationale Minderungsverpflichtungen besteht die Gefahr, dass in vielen Teilen der Welt energieintensive- und klimaschädliche Produktionsprozesse weiter zunehmen werden. Auch um weltweiten Rebound-Effekten entgegen-

wirken zu können, sind größere Anstrengungen erforderlich.

Bei allen Maßnahmen zum Klimaschutz sind die Instrumente weiterhin so zu wählen, dass das Wirtschaftlichkeitsgebot unter Einbeziehung von externen Kosten und der technischen Lebensdauer der jeweiligen Investition beachtet wird, um Erfolg und Akzeptanz zu gewährleisten. Der PBNE bekräftigt seine Auffassung, dass Energie für alle bezahlbar bleiben muss. Gleichzeitig weist der PBNE darauf hin, dass die Einsparung von Treibhausgasemissionen durch Senkung des Energie- und Materialverbrauchs Einsparpotenziale heben und sich langfristig auch bezahlt machen kann. Konzepte zur Energiewende müssen sich letztendlich auch in den finanziellen Planungen des Bundes wiederfinden.

Indikator 3 – Erneuerbare Energien

Der Stand der Indikatoren zeigt, dass Deutschland beim quantitativen Ausbau der erneuerbaren Energien auf einem guten Weg ist. Der Fortschrittsbericht 2012 zeigt auf, dass die erneuerbaren Energieträger einen bedeutenden Beitrag zur Energieversorgung in Deutschland leisten können. Für die weitere Umsetzung ist ein ehrgeiziger, aber auch ausgewogener Fahrplan erforderlich, der auch Biodiversitätsziele berücksichtigt. In seinem Positionspapier „Wachstumspotenzial Umwelttechnologien“ hat der PBNE Vorschläge dazu vorgelegt.

3 a Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch

Das für 2050 angestrebte Ziel von 60 Prozent beim Endenergieverbrauch erscheint vor diesem Hintergrund erreichbar. Dabei sollten die Ziele im Mobilitätssektor und im Wärmesektor nicht aus den Augen verloren werden, um den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch insgesamt deutlich zu steigern. Besonders im Mobilitätssektor werden die Ziele verfehlt, wenn keine weiteren Anstrengungen unternommen werden.

3 b Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch

Die positive Entwicklung beim Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch hat sich bis 2010 zwar leicht abgeschwächt. Seit 2011 ist aber wieder eine dynamische Steigerung des Anteils zu beobachten, so dass im ersten Halbjahr 2012 der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch schon auf 25 Prozent gesteigert werden konnte. Vor diesem Hintergrund sind die Anhebung des 2020-Ziels um 5 Prozentpunkte und das neue Langfristziel von 80 Prozent für 2050 eine logische Anpassung an das dynamische Ausbautempo. Dabei ist es aber dringend erforderlich, Reformen einzuleiten, um die erneuerbaren Energien zügig in Markt und Netz zu integrieren. Gleichzeitig sollte die Technologie so weiter entwickelt werden, dass die vollständige Umstellung bei der Stromerzeugung bereits früher erreicht werden kann.

Indikator 4 – Flächeninanspruchnahme

Auch hier hat sich die positive Entwicklung abgeschwächt, selbst beim aussagekräftigeren gleitenden Vierjahresdurchschnitt. Die Zunahme der Flächeninanspruchnahme geht meist einher mit Minderung der Artenvielfalt, die im Indikator 5 dargestellt wird. Der Anteil der Verkehrs- und Gebäudeflächen am täglichen Flächenzuwachs stieg deutlich an. Das zeigt, dass bereits bei der Ausweisung von zu bebauender Fläche angesetzt werden muss, denn ausgewiesenes Bauland wird früher oder später bebaut werden. Ziel muss es sein, die Ausweisungen an Bedingungen zu knüpfen, wie Brachflächenvorrang, Nutzung von Rückbauflächen, Nutzung innerstädtischer Brachflächen und leer stehender Gebäude, sowie sukzessive die Vermeidung der Bebauung im Außenbereich. Hier fehlt nach wie vor ein wirksames Monitoring.

Vor einer Fortschreibung des 30-Hektar-Ziels sind dringend aktualisierte Bevölkerungsentwicklungsprognosen einzuholen. Denn aktuelle Prognosen sagen bereits ab 2020 – mit Ausnahme von einigen wenigen Metropolregionen – eine breite Bevölkerungsabnahme voraus. Investitionen in Verkehrsfläche sowie Bauinvestitionen sind dem sinkenden Bedarf anzupassen, um Belastungen für künftige Generationen zu vermeiden. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels betont der PBNE nochmals sein in früheren Stellungnahmen angeregtes Netto-Null-Ziel bei der Flächenneuanspruchnahme und begrüßt Ansätze zur stärkeren Nutzung innerstädtischer Brachflächen und Leerstände. Bund und Länder müssen die im Jahr 2010 vorgelegten Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (wie z. B. Rücknahme ungenutzter Baurechte, Reform der Grunderwerbsteuer, Modellversuch zum Testen eines Handelssystems mit Flächenausweisungsrechten) konsequenter umsetzen.

Im Übrigen ist der Indikator zur Flächeninanspruchnahme bei der nächsten Überarbeitung in seiner Aussagekraft zu schärfen. Es ist nicht zielführend, wenn renaturierte Flächen weiter als verbraucht gelten, nur weil der Flächennutzungsplan nicht geändert wurde.

Indikator 5 – Artenvielfalt

Das Ziel, die Vielfalt an Arten von 1975 wieder zu erreichen, wird bis 2015 mit Sicherheit verfehlt, denn die Artenvielfalt ist erneut zurückgegangen. Diese ist aber neben dem Klimaschutz für das Überleben der Menschen auf der Erde eine der wichtigsten Voraussetzungen. Denn nur Vielfalt gewährleistet ausreichend Schutz vor Schädlingen und damit letztlich auch nachhaltige Ernährungssicherheit sowie eine Vielzahl weiterer Ökosystemleistungen. Die Belange des Natur- und Artenschutzes sind verstärkt sowohl in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zu integrieren, als auch in der Verkehrs-, Klimaschutz-, Ressourcen- und Energiepolitik zu berücksichtigen. Die nationale Biodiversitätsstrategie muss in den Ressorts sowie in Ländern und Kommunen konsequent umgesetzt werden.

Das Statistische Bundesamt nennt als wichtigste Ursache neben der Zersiedelung der Landschaft auch die intensive land- und forstwirtschaftliche Nutzung. Des Weiteren ist der Rückgang der Vielfalt von alten Obst- und Gemüsesorten, aber auch von Nutztierassen ein Problem. Deshalb ist die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, dass Bauern Saatgut alter Sorten ohne Eintragung ins amtliche Register verwenden dürfen, ein Schritt in die richtige Richtung.

Die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit nach 2013 wird die entscheidenden Rahmenbedingungen für die Art der Landnutzung in der Europäischen Union setzen. Die Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Artenvielfalt werden maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, die Agrarzahllungen stärker als bisher an eine nachhaltige Landbewirtschaftung zu binden. Daneben kommt der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) eine wichtige Lenkungs-funktion für eine nachhaltige Landbewirtschaftung zu. Die Bundesregierung sollte bei den Bundesländern auf eine entsprechend nachhaltige Schwerpunktsetzung in der GAK hinwirken.

Über die nachhaltige Nutzung der Natur hinaus kommt Schutzgebieten eine zentrale Rolle für die Sicherung der Artenvielfalt zu. Wie im terrestrischen Bereich gilt es auch im marinen Bereich, die als Natura-2000-Gebiete nominierten Flächen durch Schutzgebietsausweisungen und Managementpläne tatsächlich zu sichern.

Indikator 6 – Staatsverschuldung

6 a Staatsdefizit

Die dramatische Entwicklung des Indikators Staatsdefizit ist vor dem Hintergrund der vergangenen Finanzkrise erklärbar und sollte deshalb auch entsprechend bewertet werden. Dennoch bleibt anzumerken, dass Deutschland so solide aus der Krise gekommen ist wie sonst kein anderes Industrieland. Ziel muss weiterhin bleiben, das Staatsdefizit weiter abzubauen. In Zeiten solider Wirtschaftsentwicklung sollte eine Neuverschuldung vermieden und Schulden zurückbezahlt werden.

6 b Strukturelles Defizit

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt grundsätzlich die Ergänzung des Indikators 6 um den Aspekt des strukturellen Haushaltsdefizits. Hiermit lassen sich Finanzierungslücken der öffentlichen Haushalte auch über Konjunkturzyklen hinweg ausweisen und das Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts unmittelbar nachverfolgen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es unterschiedliche Berechnungsmethoden gibt.

Das im Fortschrittsbericht 2012 ausgewiesene strukturelle Defizit von 2,1 Prozent im Jahr 2010 geht auf die Maßnahmen zur Behebung der Finanzkrise zurück. Wichtig ist, dass die im Jahr 2011 einsetzende Tendenz verstetigt wird, um mittelfristig einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erhalten.

6 c Schuldenstandsquote

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt ebenfalls die Ergänzung des Indikators 6 um die Schuldenstandsquote. Die Schulden von heute sind letztendlich die Lasten kommender Generationen und schränken deren Handlungsspielraum ein. Der PBNE erinnert, dass bei fortsetzendem Bevölkerungsrückgang Zins und Tilgung künftig von immer weniger Steuerzahlern zu tragen sind und die Belastung pro Kopf damit steigt, wenn die Bruttowertschöpfung nicht in vergleichbarem Maße mit ansteigt. Diese Herausforderung wird im bestehenden Indikatorensystem leider nicht abgebildet.

Indikator 7 – Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge

Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP

Der Indikator gibt einen Hinweis, wie sich das langfristige Wachstum der Volkswirtschaft entwickeln kann. Beim Indikator 7 sollte aber weiterhin der Zielkonflikt zwischen den Bruttoanlageinvestitionen und den daraus resultierenden positiven Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung mit den negativen Auswirkungen beispielsweise beim Flächenverbrauch oder der Rohstoffproduktivität berücksichtigt werden. Das Statistische Bundesamt weist darauf hin, dass es sehr darauf ankommt, worin investiert wird.

Dass die Investitionsquote insgesamt im Jahr 2009 zurückgegangen ist, sollte vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise nicht überbewertet werden – immerhin scheint dieser Trend im Jahr 2010 gestoppt worden zu sein.

Indikator 8 – Innovation

Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen sind und mit 2,82 Prozent im Jahr 2010 nur knapp unter der angepeilten 3-Prozent-Marke gelegen haben. Damit ist Deutschland innerhalb der EU mit gutem Beispiel vorangegangen.

Der PBNE bedauert aber, dass im Fortschrittsbericht 2012 das ursprüngliche Ziel von 3,0 Prozent im Jahr 2010 in das Jahr 2020 verschoben worden ist. Der Bezug zur Strategie Europa 2020 mag logisch und im europäischen Kontext nachvollziehbar sein, leider ist die Europäische Union mit der Strategie Europa 2020 von ihrem ursprünglichen Ziel von 3,0 Prozent im Jahr 2010 abgerückt. Diese deutliche Verschlechterung fand leider nunmehr auch Einzug in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie.

Vor dem Hintergrund, dass Bildung und Innovationen sowohl für eine nachhaltige Entwicklung in Europa als auch für die künftige Wettbewerbssituation Europas in der Welt unerlässlich sind und folgerichtig immer stärker in den Fokus politischer Aktivitäten rücken, wäre es besser gewesen, mit einem ehrgeizigeren Ziel voranzugehen,

statt sich das weniger ambitionierte Ziel der Europäischen Union zu eigen zu machen.

Indikator 9 – Bildung

9 a 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden, seit 2005/2006 zurückgegangen ist. Allerdings ist festzustellen, dass die Quote ab dem Jahr 2009 jedoch wieder leicht gestiegen ist.

Der PBNE bedauert, dass im Fortschrittsbericht 2012 die ursprünglichen Ziele von 9 Prozent im Jahr 2010 und 4,5 Prozent im Jahr 2020 auf einen Wert von unter 10 Prozent im Jahr 2020 verschoben worden ist. Die Angleichung zur Strategie Europa 2020 mag logisch und im europäischen Kontext nachvollziehbar sein. Hier hat allerdings auf europäischer Ebene eine deutliche Verschlechterung stattgefunden, die nunmehr auch Einzug in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie gefunden hat.

Vor dem Hintergrund, dass Bildung und Innovationen sowohl für eine nachhaltige Entwicklung in Europa als auch für die künftige Wettbewerbssituation Europas in der Welt unerlässlich sind und folgerichtig immer stärker in den Fokus politischer Aktivitäten rücken, wäre es besser gewesen, mit einem ehrgeizigeren Ziel voranzugehen statt sich das eher weniger ambitionierte Ziel der Europäischen Union zu eigen zu machen, zumal bei gleichbleibender durchschnittlicher Entwicklung das ursprüngliche Ziel des Jahres 2020 hätte erreicht werden können. Aus Sicht des PBNE ist es vor diesem Hintergrund besonders wichtig, dass in den Bestrebungen, den Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss zu senken, nicht nachgelassen wird, um somit das neue und schwächere Ziel des Jahres 2020 zumindest deutlich zu unterbieten.

Im Bereich Bildung bleibt beim Indikator 9a weiterhin der Aspekt der Entwicklung (kognitive, soziale und emotionale Entwicklung) von Kindern vor der Einschulung völlig außer Acht. Der Indikator 9a setzt erst mit Ende der Schulzeit ein – die Qualifikation für einen guten Abschluss beginnt jedoch viel früher, so dass hier ein Indikator 9d zur vorschulischen Entwicklung eingefügt werden sollte, um frühzeitig Fehlentwicklungen absehen und entsprechend gegensteuern zu können. Dazu sollte ein Verfahren zur Feststellung der vorschulischen Entwicklung erarbeitet und eingeführt werden, um bundesweit vergleichbare Ergebnisse für einen Indikator „Vorschulische Entwicklung“ zu erhalten. Bereits im Vorschulbereich werden Weichen gestellt, die elementar für den weiteren Werdegang eines Menschen sind. Die Durchlässigkeit des Schulsystems variiert zwischen den Bundesländern dahingehend, inwieweit Kinder aus sozial schwachen Familien eine Chance haben, ihre soziale Stellung zu verbessern. Ziel muss es sein, benachteiligte Kinder frühzeitig zu fördern, um ihnen bestmögliche Entwicklungschancen zu eröffnen. Darüber hinaus sollte auch eine eventuelle überdurchschnittliche Begabung frühzeitig festgestellt und gefördert werden.

9 b 30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Bildungsabschluss

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass die bisherige Altersgrenze beim Indikator 9 b angehoben worden ist.

Erstabsolventen erreichen im Jahr 2010 Ihren Bachelor-Abschluss im Durchschnitt mit 25,4 Jahren und den Master mit 28 Jahren. Durch das Aussetzen der Wehrpflicht ist zu erwarten, dass sich das Durchschnittsalter der Erstabsolventen verringern wird.

Das Durchschnittsalter der Erstabsolventen einer Hochschule hängt allerdings von mehreren Faktoren ab, die von den Betroffenen selber selten oder nur bedingt beeinflusst werden können. Hier müssen weiterhin Zugangsfragen geklärt und ggf. erleichtert sowie die Studienbedingungen so gestaltet werden, dass diejenigen Studierenden, die einen raschen Abschluss anstreben nicht durch organisatorische Probleme wie eingeschränkte Seminar- oder Praktika-/Labor-Kapazitäten an der Erreichung eines schnellen Abschlusses gehindert werden. Hier sind insbesondere die Bundesländer in der Pflicht, den Studierenden entsprechende Rahmenbedingungen zu bieten.

9 c – Studienanfängerquote

Es ist erfreulich, dass bei der Studienanfängerquote das für 2010 vorgegebene Ziel übertroffen wurde. Allerdings sollte auch untersucht werden, inwieweit hier Einmaleffekte durch die Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre und daraus resultierende Doppeljahrgänge bei den Studienanfängern zum Tragen kommen. Letztendlich wird erst nach Abschluss der Umstellung der Regelschulzeit absehbar sein, ob sich hier ein dauerhafter Trend entwickelt.

Dass die Studienanfängerzahlen unter dem OECD-Schnitt und zum Teil sehr deutlich unter dem Durchschnitt einzelner Länder liegen, liegt unter anderem darin begründet, dass die Berufsausbildung in Deutschland weitgehend im dualen System erfolgt, während in anderen Staaten solche Ausbildungen überwiegend an den Hochschulen erfolgen. Um hier verlässliche Vergleichszahlen zu erhalten, müssten zunächst die bestehenden Unterschiede heraus gerechnet und auch die Ausbildungszahlen in die Darstellung des Indikators einbezogen werden.

Gleichwohl ist es notwendig, aufgrund des erfreulichen Anstiegs der Studienberechtigtenzahlen, die Hochschulen auszubauen. Der Hochschulpakt 2020, mit dem Bund und Länder zusätzliche Plätze für Studienanfänger finanzieren, weist in die richtige Richtung.

B – Lebensqualität

Indikator 10 – Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

BIP je Einwohner

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird als alleiniger Wohlstands-Indikator der Nachhaltigkeitsstrategie vom Parla-

mentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung seit langem kritisiert. Allein betrachtet sagt der Indikator wenig über eine nachhaltige Entwicklung aus.

Nach Abschluss der Enquetekommission des Bundestages zu Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität sollte geprüft werden, in wie weit man deren Ergebnisse in eine weitere Ausdifferenzierung der Nachhaltigkeitsstrategie insbesondere zu diesem Indikator berücksichtigen kann. Doch auch unabhängig vom Ergebnis der Kommission plädiert der PBNE dafür, nicht nur eine zahlenmäßig bessere Abbildung zu erzielen, sondern insgesamt Wege zu einem nachhaltigen Wirtschaften durch eine ökologische soziale Marktwirtschaft zu entwickeln.

Indikator 11 – Mobilität

11 a Gütertransportintensität

Auch wenn es aus rein ökonomischer Sicht sicherlich erfreulich ist, dass in Deutschland Güter und Waren transportiert werden, ist aus Sicht nachhaltiger Entwicklung der Anstieg der Gütertransportintensität nicht zu begrüßen. Dabei geht es eher um die Frage, inwieweit ein Transport wirklich notwendig ist. Aus Sicht nachhaltiger Entwicklung wäre es erstrebenswert, wenn Produkte wieder stärker in räumlicher Nähe hergestellt würden, so dass die Transportintensität reduziert werden könnte. Im Bereich der Lebensmittelproduktion gehen einige Unternehmen mit einer regionalen Verarbeitung bereits mit gutem Beispiel voran.

Erfreulich ist, dass der Energieverbrauch für den Transport zurückgegangen ist. Da zunehmend kleinteiliger und über größere Strecken transportiert wird, leistet dies keinen Beitrag zu der beim Indikator 1a angesprochenen Reduzierung des Energieverbrauchs im Verkehrssektor. Günstig entwickelt hat sich weiterhin der Energieverbrauch je Tonnenkilometer, wobei der Effizienzgewinn nicht mehr so bedeutend war wie in den Jahren zuvor. Laut Prognose des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) aus dem Jahr 2007 wird die Güterverkehrsleistung von 2004 bis 2025 um 71 Prozent steigen. Hier besteht politischer Handlungsbedarf, um bei steigender Verkehrsleistung diese durch intelligente Logistik zu verringern oder besser zu verteilen.

Die Rahmenbedingungen sind für alle Verkehrsmittel vergleichbar zu gestalten, damit ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Transportmitteln geschaffen wird. Deshalb unterstützt der PBNE den Gedanken, Kostenwahrheit herzustellen und die externen Kosten des Verkehrs zu internalisieren, wobei über die Umsetzung und teilweise über die Definition unterschiedliche Vorstellungen existieren.

Die See- und Binnenschifffahrt sind gemessen am Energieverbrauch und Emissionen pro beförderte Tonne die umweltverträglichsten Verkehrsmittel. Trotz erreichter Fortschritte, wie z. B. durch MARPOL Annex VI (Abgasvorschriften für die Seeschifffahrt), müssen beim Schadstoffausstoß noch weitere Anstrengungen unternommen werden. Das Motorenaustauschprogramm für Binnenschiffe ist deshalb fortzusetzen und mögliche ne-

gative Auswirkungen auf die Artenvielfalt beim weiteren Ausbau von Binnenschiffahrtsstraßen sind zu vermeiden.

11 b Personentransportintensität

Die Entwicklung des Indikators 11b zeigt, wie die Werte von Indikatoren durch indirekte Faktoren beeinflusst werden können. Während die Personenbeförderungsleistung in absoluten Zahlen stieg, nahm die Transportintensität auf Grund der Steigerung des BIP ab. Positiv zu bewerten ist der weiter gesunkene Energieverbrauch je Personenkilometer.

Mobilität stellt einen wichtigen Faktor für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben dar. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung prognostiziert einen Anstieg der Personenbeförderungsleistung von 2004 bis 2025 um 17,9 Prozent. Deshalb sind die Anstrengungen vor allem darauf zu richten, die Wege mit möglichst umweltfreundlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen bzw. alle Verkehrsmittel umweltfreundlicher zu machen. Eines der Instrumente zur Verbesserung der Energieeffizienz für den Straßenverkehr sind ambitionierte CO₂-Grenzwerte für Neufahrzeuge. Denn das Potenzial zur Reduzierung zurückgelegter Personenkilometer ist begrenzt. Hier würden zusätzliche Teilindikatoren, die den Anteil nicht nur des öffentlichen Personenverkehrs (ÖPNV und ÖPFV) sondern auch den Anteil des energieeffizienten Verkehrs angeben, das Erreichen von Nachhaltigkeitszielen im Bereich der Personenbeförderung besser wiedergeben. Sinnvoll könnten zum Beispiel Aussagen über den Anteil zugelassener Fahrzeuge mit umweltfreundlichen Antrieben sowohl beim Individualverkehr als auch beim öffentlichen Personenverkehr sein. Dabei geht es nicht um die Ausweitung der Indikatorenpalette, sondern darum, durch eine gewisse Differenzierung in der Darstellung, wie sie bei anderen Indikatoren ebenfalls erfolgt, einen größeren Erkenntnisgewinn zu ermöglichen.

Neben einem konsequenten Energiekonzept sollten auch stadtplanerische Instrumente wie kürzere Wege zum Arbeitsplatz und kürzere Einkaufswege genutzt sowie das Prinzip der Kostenwahrheit geprüft werden. Dabei sind auch hier die Rahmenbedingungen für alle Verkehrsmittel vergleichbar zu gestalten, damit ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Transportmitteln geschaffen wird.

11 c/d Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschiffahrt

Aus Sicht nachhaltiger Entwicklung sind bei den Indikatoren 11 c und d weitere Anstrengungen erforderlich, um die gesetzten Ziele annähernd zu erreichen. Dies ist nicht ohne zusätzliche Investitionen in die erforderliche Infrastruktur umzusetzen und führt an verschiedenen Stellen, beispielsweise beim Bau neuer Bahnstrecken oder dem Ausbau von Wasserstraßen, zu Zielkonflikten mit anderen Bereichen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Letztendlich wird es hier im Zuge von Nachhaltigkeitsprüfun-

gen auch darum gehen, Zielvorgaben zu gewichten und Prioritäten zu setzen.

Mit dem Aktionsplan Güterverkehr und Logistik wurde, gemeinsam mit der Verkehrswirtschaft, eine Gesamtstrategie aufgestellt mit dem Ziel, u. a. die Effizienz der Verkehrsträger zu steigern, diese optimal zu vernetzen, die Vereinbarkeit des Verkehrswachstums mit Umwelt- und Klimaschutz zu fördern sowie gute Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Angesichts der enormen prognostizierten Güterbeförderungsleistung (vgl. Indikator 11 a) muss die herkömmliche Gütertransportstrategie korrigiert werden. Der PBNE empfiehlt im Blick auf den Aktionsplan Güterverkehr und Logistik eine Überprüfung der Güterverkehrsstrategie unter Einbezug der aktuellen Verkehrsprognosen und auf Basis eines integrierten Energiekonzeptes. Auch hier verweist der PBNE auf das Instrument, den jeweiligen Verkehrsmitteln die verursachten Emissionen schrittweise zuzuordnen, um eine realistische Wahlmöglichkeit herzustellen.

Indikator 12 – Landbewirtschaftung

12 a Stickstoffüberschuss

Der Stickstoffüberschuss ist nach wie vor zu hoch und liegt weiterhin deutlich über dem Zielwert des Jahres 2010. Stickstoffüberschüsse gehen mit hohem Viehbestand einher, entstehen aber auch durch unzureichendes Düngemanagement. Die Verteilung der Stickstoffzufuhr im Jahr 2007 zeigt deutlich, dass vor allem der Düngereintrag mit 55 Prozent die wichtigste Komponente der Stickstoffzufuhr darstellt.

Die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft muss weiter entwickelt werden. Wirksame Maßnahmen zur Erreichung des Ziels der Bundesregierung müssten vor allem zu einer effizienteren Stickstoffnutzung führen, wozu ein besseres Gülle-Management Voraussetzung ist. Weitere Verbesserungen können durch ein konsequentes Nährstoffmanagement, standortabgestimmte Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie geeignete Nutzpflanzensorten, die Implementierung wirksamer Sanktionsmechanismen in der Düngeverordnung und vertretbare Tierbestände erreicht werden. Desweiteren sollte die Forschung zur Stickstoffreduzierung intensiviert werden.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hält weiterhin eine Erweiterung der Indikatoren für erforderlich, damit das Ziel, die gesamten Umwelteinwirkungen in der Landwirtschaft zu minimieren, stärker zum Ausdruck kommt. Nur so können die verschiedenen Bewirtschaftungsmethoden optimiert werden.

12 b Ökologischer Landbau

Bereits in seinen Stellungnahmen zum Fortschrittsbericht 2008 und zum Indikatorenbericht 2010 hatte der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung kritisiert, dass die Zielvorgabe des Indikators 12b zwar einen Wert von 20 Prozent aber keine Jahreszahl enthält, bis zu der dieser Wert erreicht werden soll.

Die steigende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln zeigt, dass der Nachhaltigkeitsgedanke in der Bevölkerung zunehmend Verbreitung findet. Die Tatsache, dass Lebensmittel aus ökologischem Anbau aufgrund der hohen Nachfrage teilweise importiert werden, bedeutet, dass hier noch unternehmerische Potenziale für die Landwirte vorhanden sind für die angestrebte Erhöhung des Anteils von 5,4 Prozent (im Jahr 2008) bzw. 5,9 Prozent im Jahr 2010 auf 20 Prozent.

Dabei ist zu begrüßen, dass auch der Anteil nicht ökologisch aber dennoch nachhaltig erzeugter Lebensmittel im Einzelhandel zunimmt. So wird beispielsweise verarbeiteter Fisch im Einzelhandel inzwischen mit dem Nachhaltigkeitssiegel MSC zum Kauf angeboten. Hier wäre deshalb zu prüfen, inwieweit künftig zusätzlich nachhaltige, aber nicht ökologische Lebensmittel erfasst werden könnten. Voraussetzung hierfür ist eine vorherige Verständigung darüber, wie nachhaltige, nicht ökologische Lebensmittel zu definieren sind. In diesem Sinne wird der PBNE Anfang 2013 eine Anhörung durchführen, ob und wie auch nachgelagerte Transport- und Wertschöpfungsketten einbezogen werden können.

Eine entsprechende Produktinformation sowie Informationskampagnen können das Bewusstsein für regionale, saisonale und ökologisch produzierte Lebensmittel schärfen, um deutlich zu machen, dass zur Beurteilung der Nachhaltigkeit eines Produktes sowohl die Art des Anbaus als auch Lagerung und Transportwege berücksichtigt werden müssen.

Indikator 13 – Luftqualität

Schadstoffbelastung der Luft

Die Reduzierung der Schadstoffbelastung der Luft verläuft seit Beginn der Messungen zweigeteilt. Während sowohl die Emissionen von Schwefeldioxid (SO₂) als auch die Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen ohne Methan (NMVOC) relativ schnell und deutlich gesenkt werden konnten, verharren die Emissionen von Stickstoffoxiden (NO₂) und Ammoniak (NH₃) deutlich über dem Zielwert von 30 Prozent gegenüber dem Ausgangswert des Jahres 1990.

Bei den Schwefeldioxiden trug die Entschwefelung der Kraftwerksabgase, der teilweise Ersatz von stark schwefelhaltiger einheimischer Braunkohle durch schwefelärmere Brennstoffe sowie gesetzliche Begrenzungen für Schwefelgehalte in flüssigen Brennstoffen zum Erfolg bei. Bei den NMVOC-Emissionen hat vor allem der zunehmende Einsatz der Katalysorteknik in den Personenkraftwagen einen entscheidenden Beitrag geleistet. Der Umstieg der Antriebsenergie sowohl bei Kraftwerken als auch bei Kraftwagen von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien könnte dazu beitragen, die zuletzt eher marginalen Veränderungen bei den Emissionswerten nochmals zu verbessern und die Werte auch der Stickstoffoxid-Emissionen weiter zu senken.

Die Ammoniakemissionen sind vor allem in Zusammenhang mit dem Umfang der Milch- und Fleischproduktion zu sehen. Hierzu sollte die Forschung intensiviert werden.

So ist es einem holländischen Forschungsinstitut beispielsweise gelungen durch die erhebliche Beigabe von Knoblauch, den Methanausstoß von Wiederkäuern um etwa 15 Prozent abzusenken. Dies zeigt, dass bei optimierten Fütterungsmethoden noch ein erhebliches Potenzial zur Schadstoffabsenkung besteht.

Indikator 14 – Gesundheit und Ernährung

14 a/b Vorzeitige Sterblichkeit

Zwar sterben weiterhin mehr Männer vorzeitig als Frauen, aber letztendlich steigt die Lebenserwartung der Frauen langsamer als die der Männer. Interessant ist dabei, dass bei Frauen immer häufiger frühere typische Männererkrankungen wie der Herzinfarkt auftreten.

Indikator 14 c/d Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen

Es ist positiv zu bewerten, dass der Anteil der Raucher insgesamt weiter sinkt, insbesondere bei den Jugendlichen. Wir begrüßen, dass die Anregung des PBNE, die Zahl der jugendlichen Raucher auszuweisen, aufgenommen wurde. Nach Auskunft des Fortschrittsberichts 2012 waren im Jahr 2009 5,1 Prozent aller Sterbefälle auf eine für Raucher symptomatische Erkrankung (Lungen-, Kehlkopf- und Luftröhrenkrebs) zurückzuführen. Sicherlich führen durch Tabakkonsum verursachte Erkrankungen gesamtwirtschaftlich betrachtet zu einer hohen Belastung der Sozial- und Gesundheitssysteme. Dies ist bei anderen Erkrankungen aber auch der Fall.

Hier sollte überlegt werden, ob statt auf eine Personengruppe abzielen nicht besser eine allgemeine Erkrankungsform als Indikator gewählt werden sollte, die sowohl Raucher als auch Nicht-Raucher berücksichtigt. Zum Beispiel bieten sich als Indikator Atemwegserkrankungen allgemein an, da diese neben dem Bezug zum Rauchen auch einen Bezug zum Indikator Schadstoffbelastung der Luft herstellen würden.

14 e Anteil der Menschen mit Adipositas

Den Aspekt der Prävention hatte der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung in seiner Stellungnahme zum Indikatorenbericht 2006 als Erwartung an den Fortschrittsbericht 2008 angeführt und empfohlen, den Aspekt ungesunder Ernährung aufzunehmen und den Indikator um eine Kennziffer „Anteil adipöser Kinder“ zu ergänzen. Diese Empfehlung hat der PBNE sowohl in seinen Stellungnahmen zum Fortschrittsbericht 2008 als auch zum Indikatorenbericht 2010 wiederholt. Dadurch hätte man ein frühzeitiges Warninstrument geschaffen, Fehlentwicklungen, die bei Kindern neben ungesunder Ernährung häufig auch auf Bewegungsmangel zurückzuführen sind, entgegenzuwirken.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung bedauert, dass nunmehr erneut wertvolle Zeit ungenutzt verstreicht, und fordert die Bundesregierung auf, den Teilindikator „Anteil adipöser Kinder“ mit der Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 einzu-

führen und bis dahin die erforderlichen Daten-Grundlagen zu schaffen. Immerhin werden die Werte nunmehr im Textbeitrag des Statistischen Bundesamtes zum Indikator ausgewiesen. Wichtig ist dabei die Aussage, dass ein erhöhtes Risiko für Übergewicht und Adipositas bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus und bei Kindern, deren Mütter ebenfalls übergewichtig waren, festgestellt wurde. Hervorzuheben ist, dass vor allem zu kalorienreiche Ernährung eine Hauptursache für Adipositas ist. Hier könnte sich auf dem Sektor der Ernährungs- und Verbraucherschutzpolitik ein guter Ansatzpunkt für politische Rahmenvorgaben bieten.

In diesem Zusammenhang könnte auch der Aspekt der Untergewichtigkeit berücksichtigt werden. Immerhin waren im Jahr 2009 12 Prozent der 18- bis 20-jährigen Frauen untergewichtig – und nur 2,6 Prozent der Frauen in derselben Altersklasse hatten Adipositas zu verzeichnen. Männer sind weitaus weniger oft von krankhaftem Untergewicht betroffen, die Anzahl krankhaft untergewichtiger Männer nimmt allerdings zu. Auch Untergewicht kann zu erheblichen gesundheitlichen Einschränkungen führen und erhebliche Kosten für das Gesundheitswesen verursachen.

Nicht nachvollziehbar ist, dass es hinsichtlich des Anteils der Erwachsenen mit Adipositas weiterhin weder einen Zeithorizont noch eine Zielvorgabe gibt. Sicherlich ist die Verringerung der Fettleibigkeit mit einer Veränderung der Lebensweise der betroffenen Personen verbunden. Allerdings greifen andere Indikatoren und Zielvorgaben der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auch in die persönliche Lebensweise der Bürgerinnen und Bürger ein, ohne dass hier auf eine Zielvorgabe und einen Zeithorizont verzichtet wird. Eine klare Zieldefinition würde dem Indikator insgesamt eine größere Schärfe verleihen.

Hinsichtlich der Prävention im Gesundheitsbereich sollten Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems als Indikator ausgewählt werden. Hierbei handelt es sich um Erkrankungen, die unabhängig von Geschlecht, Größe, Gewicht und Alter auftreten und bei denen bei frühzeitiger Erkennung gezielte Präventionsmaßnahmen sowohl bei veranlagungsbedingter als auch bei selbsterbeigeführter Gesundheitseinschränkung gesundheitsfördernd wirken können. Denkbar wäre auch ein Indikator, der arbeitsbedingte Krankheiten ausweist, um durch Präventionsmaßnahmen die Arbeits- und Lebenszufriedenheit zu erhöhen und Frühverrentung zu verhindern.

Indikator 15 – Kriminalität

Straftaten

Nachdem der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung in seinen Stellungnahmen immer wieder eine Korrektur des Indikators angemahnt hatte, begrüßt er ausdrücklich, dass der Indikator im Fortschrittsbericht 2012 geändert wurde. Mit der neuen Ausrichtung auf Straftaten insgesamt wird der Fokus des Indikators erheblich vergrößert, ohne spezielle Aspekte aus den Augen zu verlieren. Damit ist der Indikator im Grunde ein Musterbeispiel dafür, wie auch andere Indikatoren im Sinne ei-

ner Verbesserung der Zielschärfe angepasst werden könnten.

Das Ziel für 2020 hätte aber ehrgeiziger gesetzt werden müssen. Ein Rückgang von Straftaten von 1993 bis 2020 um 16 Prozent ist sicherlich lobenswert, aber bereits 2010 betrug der Rückgang 13 Prozent. Der Indikator bezieht sich zwar auf sämtliche Straftaten, wie Wohnungseinbrüche, Diebstahl und Internetkriminalität. Da aber das Statistische Bundesamt im Begleittext die Bereiche einzeln aufführt und die Entwicklung der vergangenen Jahre beschreibt, stellt der Indikator den Bereich Kriminalität gut dar. Wünschenswert wäre es, wenn in der Grafik künftig die Aufklärungsquote ergänzt würde.

C – Sozialer Zusammenhalt

Indikator 16 Beschäftigung

16 a/b Erwerbstätigenquote

Der PBNE bedauert, dass die für 2010 erhobene Zielmarke von 73 Prozent Erwerbstätigenquote (15- bis 64-Jährige) mit 71,1 Prozent verfehlt wurde. Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Arbeitsstellen unbesetzt gemeldet werden, sollte dringend geprüft werden, warum es offensichtlich eine Schere zwischen Angebot und Nachfrage gibt. In erster Linie ist daher die deutsche Wirtschaft gefordert, durch gezielte Maßnahmen vorhandene Potenziale auszuschöpfen. Diese Tatsache stellt vor allem für den Mittelstand eine besondere Herausforderung dar. Dem Staat kommt hier eine unterstützende und initiiierende Rolle im Verbund mit den Sozialpartnern zu. Die staatliche Verantwortung ist insbesondere gefordert, wenn es um verstärkte Anstrengungen und Initiativen im Bereich Ausbildung und Qualifizierung geht. Politik und Wirtschaft sind gleichermaßen aufgerufen, die Grundlagen für eine solide berufliche Ausbildung aller jungen Menschen zu legen.

Der PBNE begrüßt die Zunahme der Erwerbsquote bei den Älteren (55- bis 64-Jährige) um 22 Prozent und teilt die Auffassung der Bundesregierung, dass hier die Zielmarke von 60 Prozent im Jahr 2020 erfüllt werden könnte. Ebenso positiv zu bewerten ist, dass der Zielwert für das Jahr 2020 der 55- bis 64-jährigen um drei Prozentpunkte angehoben worden ist. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, des daraus resultierenden Fachkräftemangels und im Hinblick auf die schrittweise Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre ist es wichtig, noch stärker auf die Erfahrung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu setzen. Mit dem angestrebten höheren Anteil der älteren Menschen im Erwerbsleben gewinnen die Leistungen zur beruflichen und der medizinischen Prävention und Rehabilitation an Bedeutung.

Der PBNE begrüßt, dass methodische Veränderungen und neue Hochrechnungsverfahren angewandt wurden um den Indikator dazustellen. Er erneuert jedoch seine Forderung zur Einführung zweier Teilindikatoren „Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit“ und „Beschäftigungsmodelle“, um damit die Aussagekraft des Gesamtindikators zu stärken und auch Auskunft über die Qualität der Erwerbstätigkeit in Deutschland geben zu können.

Im Hinblick auf den Fachkräftemangel wird die Zunahme der Erwerbstätigenquote von Frauen begrüßt. Diese ergibt sich jedoch im Wesentlichen aus Teilzeitbeschäftigungen, die zum Teil weder die Potenziale der Frauen ausschöpfen noch deren Arbeitszeitwünschen entsprechen. Der Anteil der vollzeitbeschäftigten Frauen ist sogar um eine halbe Million gesunken. Hier könnten weitere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützend wirken. Insgesamt sollte der Fokus politischen Handelns auf der Aufnahme existenzsichernder Beschäftigung liegen.

Der explizite Hinweis der Bundesregierung auf die zu erwartenden Auswirkungen des demografischen Wandels lässt die Frage offen, warum dieses Themenfeld nicht auch als einer der Schwerpunkte in den Fortschrittsbericht 2012 aufgenommen wurde. Der PBNE empfiehlt, dass die demografische Entwicklung im nächsten Fortschrittsbericht genauer beleuchtet wird, so wie dies bereits im Fortschrittsbericht 2008 der Fall war. Besonders die differenzierte Darstellung der Erwerbsquote Älterer unterstreicht die Forderung nach einer erneuten demografischen Schwerpunktsetzung.

Unabhängig von der europäischen Vergleichbarkeit regt der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung nochmals an, bei einer über das Jahr 2020 hinausgehenden längerfristigen Perspektive auch die Altersgruppe über 64 Jahren in die Überlegungen zur Weiterentwicklung von Zielvorgaben einzubeziehen. Vor dem Hintergrund der schrittweisen Einführung einer Rente mit 67 Jahren ist die Evaluierung der Beschäftigtenquote der kurz vor dem Renteneintritt stehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus nationaler Sicht besser und wichtiger als eine europäische Vergleichbarkeit.

Indikator 17 – Perspektiven für Familien

17 a/b Ganztagsbetreuung für Kinder (0- bis 2-Jährige und 3- bis 5-Jährige)

Mehr Kinder sind für Deutschlands Zukunft gut. Familien mit Kindern müssen unterstützt werden und potentielle Eltern dürfen nicht durch äußere Bedingungen gehindert sein, ihre Kinderwünsche zu erfüllen. Ganztagsbetreuung ist dafür ein wichtiger Baustein, Angebote in Kitas und Schulen sollten flächendeckend ganztags vorhanden sein. Weitere Schritte zur Förderung der Familien sind ebenso erforderlich.

Leider hat sich der Indikator „Perspektiven für Familien“ nicht zum Positiven entwickelt. Hier bedarf es weiterer erheblicher Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen. Bestehende Instrumente der Familienförderung sollten auf ihre Wirksamkeit überprüft, besser aufeinander abgestimmt und koordiniert werden.

Der PBNE mahnt dringend an, den Indikator 17 zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf um Darstellungs- bzw. Messoptionen zu erweitern, die die Aussagekraft dieses wichtigen Indikators schärfen und damit seiner Bedeutung gerecht werden. Familien brauchen neben der wichtigen Ganztagsbetreuung auch flexible Arbeitszeitmodelle für Kindererziehung und für Pflegeleistung.

Indikator 18 – Gleichstellung

Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern

Der PBNE kritisiert die anhaltende „Gewitterstimmung“ beim Indikator 18 „Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen“ und stellt fest, dass damit weder die Vorgaben des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 2) noch die Vorgaben aus dem Lissabon-Vertrag (Artikel 157 AEU-Vertrag) eingehalten werden. Mit durchschnittlich 23 Prozent Verdienstabstand gehört Deutschland zu den europäischen Schlusslichtern bei der Entgeltgleichheit. Der PBNE teilt die Auffassung des Statistischen Bundesamtes, dass Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in modernen Erwerbsgesellschaften ein Zeichen für soziale Ungleichheit sind.

Die beruflichen Chancen von Frauen müssen deutlich verbessert werden. Perspektivisch sollte im Sinne einer echten Gleichstellung das Ziel beim Verdienstabstand null Prozent lauten und insbesondere der öffentliche Dienst sollte seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

Der PBNE erneuert seine Forderungen aus dem Indikatorenbericht 2010. Die Bundesregierung muss darlegen, wie sie Entgeltgleichheit mit konkreten und gesetzlichen Maßnahmen umsetzen will.

Überholte weibliche Rollenstereotype, die traditionell schlechtere Bewertung der Arbeit von Frauen, fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und zu wenige Frauen in Führungspositionen fördern die Lohnungleichheit und müssen der Vergangenheit angehören.

Freiwillige Verpflichtungen der Wirtschaft brachten in elf Jahren keine Verbesserungen. Daher muss aus Sicht des PBNE geprüft werden, inwieweit der Gesetzgeber unterstützende Maßnahmen ergreifen kann, damit gleiche Arbeit gleich bezahlt wird.

Frauen müssen ebenso wie Männer eine existenzsichernde Erwerbsarbeit ausüben können, mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und gleichen Aufstiegschancen. Neben der Gerechtigkeit ist Entgeltgleichheit auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel und der drohenden weiblichen Altersarmut ein Gebot der volkswirtschaftlichen Vernunft.

Indikator 19 – Integration

Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss

Der PBNE begrüßt den leicht positiven Trend bei der Quote der ausländischen Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender Schulen, die einen Schulabschluss erworben haben und die Beibehaltung der Indikatorenendifferenzierung nach Schulabschlüssen. Er erwartet weitere Anstrengungen, um eine Angleichung an die Quote der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund zu erreichen. Dies gilt auch bei den höheren Bildungsabschlüssen, wo Jugendliche mit Migrationshintergrund weiterhin erheblich unterrepräsentiert sind. Erfreulich ist die insgesamt bessere Schulausbildung junger Frauen. Dies unterstützt die Forderungen des PBNE zum Indikator 18.

Der PBNE erneuert seine Forderungen sowohl nach der Einführung eines Teilindikators, der die Sprachkompetenz bei der Einschulung darstellt (siehe auch Indikator 9 a), als auch nach der Einführung eines Indikators, der Abschlüsse an einer Hochschule indiziert. Nur so können die im Text des Statistischen Bundesamtes implizierten Ziele verwirklicht werden und qualifizierte Aussagen über gelungene Integration getroffen werden. Diese Argumentation trifft auch bei der Forderung nach der Erfassung von Kindern von Migrantinnen und Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit zu, da die Staatsangehörigkeit allein keine zuverlässige Aussage über eine gelungene Integration gibt.

D – Internationale Verantwortung

Indikator 20 – Entwicklungszusammenarbeit

Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen

Die EU hat sich gemeinsam verpflichtet, die Ausgaben für die ODA (Official Development Assistance/Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) schrittweise zu erhöhen. Für die deutsche Entwicklungspolitik bedeutet das, den ODA-Anteil bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu steigern. Der PBNE stellt fest, dass diese Ziele bisher nicht erfüllt werden. Er begrüßt aber das Bekenntnis der Bundesregierung zu seinen internationalen entwicklungspolitischen Verpflichtungen wie Armutsbekämpfung, Friedenssicherung, Demokratie und gerechte Gestaltung der Globalisierung. Entwicklungszusammenarbeit wird – neben Forschung und Bildung – bei den politischen Prioritäten und wesentlichen Politikbereichen der Bundesregierung an zweiter Stelle genannt. Deutschland ist in absoluten Zahlen weltweit die zweitgrößte Gebernation bei bilateralen Leistungen. Allerdings belegt Deutschland bei der ODA-Quote in relativen Zahlen gemessen lediglich Platz 10 unter den EU-15-Staaten.

Die Bundesregierung hat trotz der Finanzkrise die positive Entwicklung weitergeführt. So stieg die ODA-Quote von 0,39 Prozent in 2010 auf 0,4 Prozent in 2011, womit jedoch das Zwischenziel verfehlt wird. Um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen, wären in den kommenden drei Jahren Mittelserhöhungen von rund drei Milliarden Euro pro Jahr nötig. Bemühungen um eine nachhaltige Finanzpolitik sollten der Aufgabenerfüllung internationaler Verpflichtungen im Kampf gegen weltweite Armut, Unterentwicklung und im Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte nicht entgegenstehen. Der PBNE weist darauf hin, dass EU-Länder wie Niederlande, Schweden, Dänemark, Luxemburg und auch Norwegen das 0,7-Prozent-Ziel bereits erreicht haben. Während Großbritannien bei angespannter Haushaltslage und Kürzungen in vielen Ressorts kurz vor der Erreichung der zugesagten ODA-Quote steht, hat Frankreich die ODA-Quote bei 0,4 Prozent eingefroren. Der PBNE ermutigt die Bundesregierung zur Erreichung des ODA-Ziels und regt an, zusätzliche Haushaltseinnahmen auch stärker in den Entwicklungsetat fließen zu lassen.

Indikator 21 – Märkte öffnen

Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung stellt anhaltende Ungleichgewichte im globalen Handelssystem fest. Einem wachsenden Handel von 2000 bis 2008 mit Schwellenländern steht ein stagnierender bzw. sogar rückläufiger Handel mit den ärmsten Ländern gegenüber, wobei die Dynamik der chinesischen Außenhandelsentwicklung den Indikator stark prägt. Rechnet man die chinesischen Einfuhren von 1995 bis 2009 aus den Einfuhren aus den Entwicklungsländern insgesamt heraus, zeigt sich, dass sich deren Anteil an den deutschen Importen kaum verändert hat und bei einem Zehntel stagniert (10,5 Prozent in 2009).

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung stellt fest, dass eine nachhaltigere Beteiligung vieler Entwicklungsländer am globalen Handel kaum erkennbar ist und Abhängigkeiten bestehen. Der hohe Anteil von Rohstoffen am Import verdeutlicht eine anhaltend mangelhafte nachhaltige Entwicklung in den rohstoffreichen Entwicklungsländern. Der PBNE verweist in diesem Zusammenhang auf sein Positionspapier „Natürliche Ressourcen – Steigerung der Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft“, in dem Deutschlands globale Verantwortung als zentrale Orientierung nationaler Ressourcenpolitik unterstrichen wird.

Aus Sicht des PBNE muss eine deutliche Steigerung der Wertschöpfung in Entwicklungsländern erreicht werden. Bei der Verhandlung von Freihandelsabkommen und beim Aufbau eines multilateralen Handelsregimes müssen auch ökologische und menschenrechtliche Standards berücksichtigt werden. Um diese Ziele zu erreichen, müssen nach Auffassung des PBNE folgende Voraussetzungen erfüllt sein: eine verstärkte Know-How-Kooperation mit den Entwicklungsländern, eine an den Leitlinien nachhaltiger Entwicklung ausgerichtete europäische Zoll- und Handelspolitik, die Unterstützung bei der Etablierung nachhaltiger Produktions- und Verarbeitungsverfahren, eine Steigerung der Rohstoffproduktivität, der Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und der Abbau der europäischen Agrarsubventionen. Bestrebungen der Europäischen Union zur Begrenzung von Ausfuhrsteuern auf bestimmte natürliche Ressourcen über Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern sind bezüglich der Handlungschancen von Entwicklungsländern zu prüfen.

Zu Kapitel D: Nachhaltigkeit konkret: Schwerpunktthemen

Der Stand der Indikatoren zeigt, dass bei der Ressourcen- und Energieproduktivität sowie bei der Mobilität, die in hohem Maße auf Rohstoffe und Energie angewiesen ist, enorme Anstrengungen erforderlich sind, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Der PBNE begrüßt deshalb die Schwerpunktsetzung „Nachhaltiges Wirtschaften“, „Klima und Energie“ und „Nachhaltige Wasserpolitik“ im Fortschrittsbericht 2012.

I. Nachhaltiges Wirtschaften

Der PBNE unterstützt die Feststellung der Bundesregierung, dass die Wirtschaft eine Schlüsselrolle beim Umbau zu einer kohlendioxidarmen und ressourceneffizienten Gesellschaft einnimmt. Nachhaltigkeit ist nicht nur als Herausforderung sondern vielmehr als Chance zu verstehen.

Dabei ist es problematisch, dass sich die entsprechenden Indikatoren, wie Rohstoffeffizienz, Artenvielfalt oder umweltschonende Mobilität nicht verbessern, sondern z. T. sogar verschlechtern. Ein ‚Weiter so‘ würde die Glaubwürdigkeit der Nachhaltigkeitsstrategie gefährden. Es braucht wegweisende Signale der Politik. Denn die gesellschaftliche Aufgabe von Unternehmen ist es, Güter oder Dienstleistungen bereitzustellen, indem sie sich der Produktionsfaktoren Boden bzw. Natur, Arbeit und Kapital bedienen. Während Arbeit und Kapital ihren Preis haben, war Boden bzw. Natur lange Zeit in schier unendlicher Menge vorhanden. Der Stand der Indikatoren zeigt, es besteht nach wie vor Handlungsbedarf, um externe Kosten zu internalisieren.

Der PBNE bekräftigt seine Forderung, konkrete, verbindliche und verlässliche Nachhaltigkeitsstandards auf nationaler Ebene zu schaffen sowie sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, wie die Bundesregierung dies beim Nachhaltigkeitsgipfel 2012 in Rio de Janeiro auch getan hat. Es braucht Vorreiter, aber letztlich ebnet nur ein für alle verbindlicher Rahmen den Weg in eine nachhaltige Produktionsweise.

Bei der Entwicklung eigener Nachhaltigkeitsmanagements sollten die Unternehmen im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt werden. In diesem Zusammenhang begrüßt der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung ausdrücklich den vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) entwickelten Deutschen Nachhaltigkeitskodex. Letztendlich muss sich auch bei Firmenleitungen die Überzeugung durchsetzen, dass nachhaltiges Wirtschaften nicht nur für ein gutes Gewissen sondern auch und vor allem für steigende Ergebnisse z. B. durch Senkung von Ausgaben sorgt. Nachhaltigkeit und Gewinnsteigerung sind längst keine Gegensätze mehr. Im Gegenteil: Durch eine nachhaltige Ausrichtung beispielsweise der Produktpalette können neue Marktfelder erschlossen werden und durch die nachhaltige Ausrichtung beispielsweise im Bereich der Produktion lassen sich Betriebskosten senken und damit Gewinne steigern.

Teuer werdende Ressourcen lassen zwar Effizienzstrategien wertvoller werden, aber Nachhaltigkeit umfasst mehr als nur Effizienz. Der billige Import von Fertigteilen durch niedrige Sozial- und Umweltstandards im Ausland und niedrige Transportkosten beispielsweise motivieren nicht zur Verhaltensänderung. Selbst ein informierter Konsument kann nicht die gesamte Lieferkette überblicken. Es fehlt an verlässlichen, transparenten und vergleichbaren Informationen, was auch bei der öffentlichen Auftragsvergabe häufig zu Unsicherheiten führt, so dass im Zweifel der billigere Anbieter den Zuschlag erhält, um langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen

zu vermeiden. In vielen Branchen mangelt es an alternativen Produkten, gerade in der umsatzstarken Branche der Informationstechnologie. In Fach- und Hochschulen ist Nachhaltigkeit meist nur Wahlfach statt Basis der Ausbildung. Mindeststandards an Nachhaltigkeit würden helfen, den Dschungel an Zertifizierungen zu lichten, wie beispielsweise das Bio-Siegel für Lebensmittel. Erst dann macht der wünschenswerte und von der Bundesregierung in Erwägung gezogene Konsumindikator für Verbraucher wirklich Sinn. Der PBNE verweist auf sein Positionspapier „Wachstumspotenzial Umwelttechnologien“, das im Fortschrittsbericht angesprochen wird, sowie auf die weiteren Positionspapiere „Perspektiven für eine nachhaltige Mobilität“ und „Natürliche Ressourcen“, in denen er konkrete Vorschläge unterbreitet hat. Ebenso unterstützt der PBNE die Empfehlung „Rohstoffland Deutschland“ des Rats für Nachhaltige Entwicklung, wonach die Wiederverwertung insbesondere von wertvollen Metallen deutlich zu stärken ist.

Der PBNE begrüßt das anspruchsvolle „Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit“, das der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung im Bundeskanzleramt im Dezember 2010 für ein nachhaltiges öffentliches Beschaffungswesen vorgelegt hat und empfiehlt eine zügige Umsetzung und Evaluierung. Er empfiehlt den Landesregierungen ebenfalls eine Vorbildfunktion einzunehmen. Dadurch wird gleichzeitig ein Markt für entsprechende Angebote unterstützt.

Eine große Rolle bei der Frage nachhaltigen Wirtschaftens spielen auch die Verbraucherinnen und Verbraucher als Endkunden von Produkten (siehe auch Kapitel E.III).

Bezüglich der Aussage im Fortschrittsbericht 2012 zur Wachstumsdebatte unterstützt der PBNE die Aussage der Bundeskanzlerin, dass wir lernen müssen, „den Wachstumsbegriff für das 21. Jahrhundert neu zu definieren“ und zwar in dem Sinne der Sicherung eines „nachhaltigen Wohlstands“ (FB2012, S. 140). In Anbetracht der Arbeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hält der PBNE es für wenig hilfreich, ein alternatives Indikatorensystem zur Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Er plädiert für eine kleine Auswahl an überschaubaren Indikatoren, die nachhaltigen Wohlstand repräsentieren. Politisches Ziel muss es sein, Rahmenbedingungen so zu schaffen, dass künftigen Generationen eigener Gestaltungsspielraum bleibt.

II. Klima und Energie

Mit dem Energiekonzept formuliert die Bundesregierung Leitlinien für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung und beschreibt den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Es geht um die Entwicklung und Umsetzung einer langfristigen, bis 2050 reichenden und darüber hinaus wirksamen Gesamtstrategie. Auf diesem Weg werden in einem dynamischen Energiemix die konventionellen Energieträger kontinuierlich durch erneuerbare Energien ersetzt.

Aus Sicht der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie überwiegen die positiven Auswirkungen. Es zeigen sich je-

doch auch deutlich Spannungsfelder: Positive Ansätze – wie der Ausbau der erneuerbaren Energien – können an anderer Stelle der Nachhaltigkeitsstrategie – im konkreten Fall im Bereich Flächenverbrauch, Artenvielfalt, nachhaltige Landwirtschaft – negative Auswirkungen haben. Diese Zielkonflikte liegen letztendlich im System der Nachhaltigkeitsstrategie verankert und sind im Zuge der Prioritätensetzung abzuwägen.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung den Themenbereich „Klima und Energie“ zu einem Schwerpunktthema des Fortschrittsberichtes 2012 gemacht hat. Neben dem Fokus, den Klimawandel möglichst aufzuhalten, sollte man sich aus Sicht nachhaltiger Entwicklung auch damit befassen, Risikovorsorge und Anpassung an den Klimawandel voranzubringen. Bedauerlich ist, dass dieser Aspekt gegenüber den Maßnahmen zum Klimaschutz sehr komprimiert dargestellt wird. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung empfiehlt, dem Aspekt „Anpassung an den Klimawandel“ national und in Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern künftig im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie größere Aufmerksamkeit zu widmen und einen höheren Stellenwert einzuräumen.

III. Nachhaltige Wasserpolitik

Mit der Schwerpunktsetzung auf das Thema „Nachhaltige Wasserpolitik“ greift die Bundesregierung einen Vorschlag des PBNE auf. Nachhaltige Wasserpolitik ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen und wasserpolitische Aspekte müssen in Zukunft verstärkt in anderen Politikfeldern mitgedacht werden.

Nachhaltige Wasserpolitik definiert die Bundesregierung als „schonende Bewirtschaftung“ unter Beachtung der Sicherung der Verfügbarkeit von Wasser und dem Schutz von Wasser und Einzugsgebieten als Lebensraum für Mensch und Tier „für eine naturverträgliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung“. Die wichtigsten Herausforderungen für Deutschland als ein wasserreiches Land liegen in der Erhaltung und Wiederherstellung natürlicher Gewässerstrukturen, der Verbesserung der Wasserqualität und der integrierten Betrachtung unterschiedlicher Nutzungen. Vor dem Hintergrund, dass Wasser keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut ist, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss, weist der PBNE auf die besondere Notwendigkeit einer nachhaltigen Wasserpolitik auf nationaler und internationaler Ebene hin.

Die Versorgung mit Wasser wird in Zukunft in vielen Regionen auch Deutschlands von essentieller und nicht mehr selbstverständlicher Bedeutung sein. Schon heute ist absehbar, dass einige Regionen künftig in den Sommermonaten unter stärkeren Dürreperioden leiden werden. Wichtig ist, dass in Regionen in denen mit einem Wassermangel zu rechnen ist, die bisherige Praxis „Wasserleitung vor Wasserrückhalt“ in der Landschaft aufgehoben wird.

Weniger Wasserentnahme hat auch negative Effekte. Für das Trinkwassersystem bedeutet weniger Wasser und län-

gere Verweildauer in den Rohren eine Erhöhung von Wartungsaufwendungen (Spülungen), was den Wasserpreis für sparsame Endkunden paradoxerweise steigen lässt. Für das Abwassersystem führt ein sinkender Wasserverbrauch auf Grund gleichbleibender Fixkosten ebenfalls zu Mehrkosten.

Insofern stellt auch der demografische Wandel die Wasserversorgung und -entsorgung vor große Herausforderungen. Aus Sicht nachhaltiger Entwicklung ist es uneingeschränkt zu begrüßen, wenn insbesondere in bevölkerungsärmeren ländlichen Gebieten neuartige technische Konzepte zur Abwasserentsorgung nicht nur in Betracht gezogen sondern auch konsequent umgesetzt werden. Hier ist frühzeitig Vorsorge zu treffen, um die in der Regel zentralen Abwasserentsorgungssysteme gegebenenfalls durch dezentrale Systeme ersetzen zu können.

Wasserverbrauch ist längst keine nationale Frage mehr. In Zeiten der Globalisierung sind oft Verlagerungseffekte in andere Weltregionen zu beobachten. In diesem Zusammenhang weist der PBNE darauf hin, dass Deutschland eine hohe Menge an „virtuellem Wasser“ durch Nahrungsmittel und andere Güter importiert. Betrug die in Deutschland entnommene Wassermenge im Jahr 2007 rund 32 Mrd. m³ so ist der „externe Wasserfußabdruck“ Deutschlands im Ausland heute ca. 2,4 Mal so groß wie der „interne Wasserfußabdruck“. Nach Berechnungen des WWF aus dem Jahr 2009 zufolge importiert Deutschland rund 79,5 Mrd. m³ Wasser pro Jahr.

National sind zur Erreichung einer nachhaltigen Wasserpolitik aus Sicht des PBNE weiterhin große Anstrengungen erforderlich. Bezüglich „Gewässerstrukturen – Schutz vor Naturgefahren“ beispielsweise reicht es nicht aus allein auf die durch bauliche Eingriffe (Landwirtschaft, Industrie, Siedlungen, Infrastruktur) verursachten Mehr Risiken für den Menschen durch Überschwemmungen etwa in Flussauen zu verweisen. Ähnliches gilt für „Industrie und Gewerbe“, „Energiegewinnung durch Wasserkraft“ und „Schifffahrt“. Nachhaltige Wasserpolitik muss deutlich weiter gefasst werden. So ist Artenvielfalt von Flora und Fauna ein wichtiges Zeichen für Qualität und nachhaltige Bewirtschaftung deutscher Gewässer. Hier sieht der PBNE besonders dringenden Handlungsbedarf.

Im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2002 der Indikator „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ als Schlüsselindikator für die Nachhaltigkeit von Landnutzungen entwickelt und in die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt übernommen. Weniger Belastungen, Verbesserung der Nachhaltigkeit von Nutzungen und erfolgreicher Naturschutz würden der anhaltenden Gefährdung der Wasserqualität Einhalt gebieten und die Qualität der Lebensräume steigen lassen. Flussauen als vom Wasser geprägter Lebensraum in Deutschland etwa sind insgesamt stark beeinträchtigt. Über 80 Prozent der Auen an Rhein, Donau, Elbe, Weser und Oder sind verschwunden oder nicht mehr in ihrem ursprünglichen Zustand (BfN 2009). Um die biologische Vielfalt in Flussauen zu schützen und zu entwickeln, bedarf es darum verstärkter Anstrengungen wie Renaturierung von Flüs-

sen und Auen. Auch bei Binnengewässern, Küsten und Meeren besteht zunehmend großer Nachholbedarf, Schutzmaßnahmen konnten den Negativ-Trend bezüglich abnehmender Artenvielfalt bisher nicht umkehren (BMU 2010). In diesem Zusammenhang begrüßt der PBNE, dass die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des internationalen Ballastwasserübereinkommens vorgelegt hat.

Der PBNE begrüßt die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in nationales Recht. Das 2010 verabschiedete Wasserhaushaltsgesetz (WHG) enthält wirkungsvolle Ergänzungen im Hinblick auf eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung, den Schutz direkt von Gewässern abhängender Ökosysteme und Vorrang der ortsnahen Wasserversorgung. In Sachen Wasserqualität fordert der PBNE jedoch vermehrte Anstrengungen. 9 900 Oberflächengewässer (Flüsse, Seen, Übergangs- und Küstengewässer) in Deutschland sind in ihrer großen Mehrheit in keinem guten Zustand. Im Jahr 2009 erreichten nur 10 Prozent den von der Wasserrahmenrichtlinie geforderten guten oder sehr guten ökologischen Zustand gemäß Oberflächengewässerverordnung (OGewV). Fließgewässer stellen den größten Teil des Wasserkörpers dar, wobei nur 9 Prozent in einem guten oder sehr guten ökologischen Zustand sind. Bei Seen erreichten 39 Prozent einen guten oder sehr guten ökologischen Zustand. Küsten und besonders die Übergangsgewässer verfehlten den guten ökologischen Zustand in nahezu allen Wasserkörpern. Die häufigsten Ursachen für das Nicht-Erreichen des guten ökologischen Zustands sind Veränderungen der Hydromorphologie durch Verbauung, Begradigung und regelmäßige Unterhaltung sowie fehlende Durchgängigkeit und hohe, größtenteils aus der Landwirtschaft stammende Nährstoffeinträge. Ebenso tragen Einleitungen aus der Industrie – wie beispielsweise von salzhaltigen Abwässern – zu einer Verschlechterung der Gewässerqualität bei und widersprechen damit den Zielen der WRRL. Der PBNE begrüßt daher die von der EU-Kommission angeregte Überprüfung bestimmter Einleiteneinigungen. Der auf nationaler und EU-Ebene beförderte Ausbau der Flüsse (Elbe, Rhein, Donau) für das Transportwesen gerät in einen Zielkonflikt mit anderen Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie und sollte vor diesem Hintergrund einer besonderen Prüfung im Sinne einer nachhaltigen Wasserpolitik unterzogen werden.

Der PBNE unterstützt das Bekenntnis der Bundesregierung zum Verursacherprinzip im Rahmen einer nachhaltigen Wasserpolitik. Verursacher müssen Verantwortung übernehmen und bereits eingetretene Schäden beseitigen bzw. drohende Gefahren abwenden.

Der PBNE lobt Anstrengungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur weltweiten Verwirklichung des Menschenrechtes auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung. Die Halbierung der Zahl von Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen bis 2015 ist Teil der im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen definierten Millenniumsentwicklungsziele. Im Rahmen eines menschenrechtsbasierten Ansatzes sowie dem Grundsatz des Integrierten Was-

serressourcen-Managements (IWRM) hat sich Deutschland zum Ziel gesetzt im Wassersektor ökologische, ökonomische und soziale Faktoren gleichermaßen zu berücksichtigen. Dafür wird auch die Einbeziehung privatwirtschaftlicher Akteure, besonders in Public Private Partnerships, befürwortet. Bei Durchführung von Kommerzialisierung oder Privatsektorbeteiligung im Wassersektor kann es aber ohne einen regulativen Rahmen zur Erhöhung der Tarife auf nicht sozialverträgliche Niveaus kommen.

In Fällen, in denen dem Betreiber auch die Investition in die Anlagen obliegt, kommt es zudem vor, dass diese unterbleiben und daraus eine Verschlechterung der Infrastruktur resultiert bzw. nicht in Neuanschlüsse in Armutsgebieten investiert wird. Dies und ungenügende Einbindung der Bevölkerung, mangelnde Übernahme politischer Verantwortung für mangelnde Versorgung von Armutsgebieten und Tariferhöhungen ohne Verbesserung der Dienstleistung hat in der Vergangenheit zu Unruhen und Protesten bei der Bevölkerung (beispielsweise Bolivien) geführt. Der PBNE schließt sich dem Bericht der unabhängigen Expertin der Vereinten Nationen für das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung der Vereinten Nationen, Catarina de Albuquerque, an. In ihrem Bericht vom 29. Juni 2010 an den Menschenrechtsrat kommt sie zu dem Schluss, dass weder private noch öffentliche Dienstleister als Wasser- und Sanitärversorger vorzuziehen sind.

Zu Kapitel E: Laufende Berichterstattung: Nachhaltigkeit in einzelnen Politikfeldern

I. Nachhaltige und tragfähige Finanzpolitik

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass die Bundesregierung dem Themenfeld „Nachhaltige und tragfähige Finanzpolitik“ im Fortschrittsbericht 2012 einen größeren Stellenwert einräumt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt deutlich, wie wichtig eine solide und nachhaltige Finanzpolitik für die Zukunft eines Landes ist. Nur wenn es gelingt, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und gleichzeitig wichtige Zukunftsinvestitionen zu tätigen oder anzureizen, werden kommende Generationen noch ausreichend Freiräume zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben. Ohne nachhaltige Finanzpolitik lassen sich die Leitlinien nachhaltiger Entwicklung nicht verwirklichen.

Aus Sicht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung trägt aber nicht nur der Staat Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik. Auch die Wirtschaft muss ihren Beitrag leisten, die richtigen Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ziehen. Sich nur darauf zu verlassen, dass es auch beim nächsten Mal schon wieder gut gehen wird, ist zu wenig. Leider hat man bei der Finanzbranche den Eindruck, dass die gewährten staatlichen Hilfen eher dazu beigetragen haben, genau diese Haltung zu befördern. Getreu dem Motto, die Gewinne sind privatisiert und das Risiko wird vergemeinschaftet. Der Staat ist hier gefordert, präventiv die passenden Rahmenbedingungen zu setzen, um die Akzeptanz nachhaltiger

gen Wirtschaftens zu fördern und entsprechende Aufsichts- und Kontrollmechanismen zu etablieren. Nur wenn es gelingt, Krisen präventiv zu begegnen, lassen sich die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte minimieren und der Weg einer nachhaltigen und soliden Haushaltspolitik konsequent fortsetzen.

II. Nachhaltige Mobilität

Der PBNE stimmt der Bundesregierung zu, dass die „Verkehrswegeplanung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene den Mobilitätsbedarf der Gesellschaft noch besser mit den Zielen des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes in Einklang“ bringen muss und es einer „effizienten Raum- und Siedlungsplanung“ bedarf.

Bei der anstehenden Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes sollte die Bundesregierung die von ihr angesprochenen und oben erwähnten Ziele in Angriff nehmen und den Bedarfsplan daraufhin überprüfen. Der Straßenbau zählt zu den langfristigen Investitionen und diese müssen dem bevorstehenden demografischen Wandel und der Ressourcenverknappung Stand halten. Gerade die Ressourcenverknappung könnte eine Stärkung der Schiene gegenüber der Straße für die Zukunft noch rentabler werden lassen. Der PBNE hat im April 2011 ein interfraktionelles Positionspapier mit dem Titel „Perspektiven für eine nachhaltige Mobilität“ vorgelegt, in dem er vorschlägt, die bisherige Denkweise von Mobilität kritisch zu hinterfragen. Statt weiterhin in einzelnen Kategorien zu denken und zu planen, muss die Verzahnung der unterschiedlichen Verkehrsmittel deutlich verbessert werden. Der Bundesverkehrswegeplan 2015 bietet einen guten Anlass, ein umfassendes Mobilitätskonzept zu erstellen, bei dem die verschiedenen Verkehrsmittel stärker miteinander verzahnt werden. Investitionen in einzelne Forschungsvorhaben, z. B. in Leuchtturmprojekte, müssen auf ein solches Konzept aufbauen.

Der demografische Wandel wird zu einer Verlagerung der Mobilitätsbedürfnisse führen. Immer mehr ältere Menschen wollen und sollen in der Lage sein, mobil zu bleiben. Hier müssen Lösungen gefunden werden, um die Mobilität an die sich ändernden Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft anzupassen. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass sich das gesellschaftliche Leben mehr und mehr in städtischen Regionen konzentrieren wird und ländliche Räume in zunehmendem Maße mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert werden. Auch dies verändert die Anforderungen an Mobilität. Zum Einen muss der wachsende Bedarf in den städtischen Gebieten befriedigt werden – zum Anderen muss Mobilität auch in weniger dicht besiedelten ländlichen Räumen aufrecht erhalten werden.

III. Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion

Leider sind Produktion und Konsum nicht immer die zwei Seiten einer Medaille. Bei den Lebensmitteln übertrifft beispielsweise die Nachfrage nach Produkten aus ökologischem Landbau das Angebot in Deutschland sehr

weit, ohne dass dies ein entsprechendes Angebot nach sich ziehen würde. Deshalb sollten insbesondere die Wettbewerbschancen einer nachhaltigen Landwirtschaft gestärkt werden. Hier sind weitere Kurskorrekturen erforderlich.

Vor dem Hintergrund, dass die Verbraucher mit ihren Kaufentscheidungen einen großen Einfluss darauf haben, welche Produkte letztendlich auf den Markt kommen und sich am Markt behaupten, wird es künftig darauf ankommen, das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung und entsprechende Produkte beim Konsumenten zu stärken. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung kann dazu beitragen, die Verantwortung eines jeden für künftige Generationen zu erhöhen und trägt positiv zur Prägung von Lebensstilen bei. Dies würde die Konsumhaltung entscheidend beeinflussen können und von dieser Seite zu einer nachhaltigen Lebensweise beitragen. So können durch Konsumstile, die auf Nutzen statt Besitzen setzen, wie z. B. beim Car-Sharing, Ressourcen eingespart werden.

Doch auch interessierte Konsumenten haben in den meisten Fällen keinen Einblick in die komplexen Lieferketten und Produktionswege, insbesondere von importierter Ware. Eine große Zahl an Konsumenten hat daher keine ausreichenden Möglichkeiten, um sich über die Hintergründe und Bedingungen der Produktion zu informieren und bewusste Kaufentscheidungen zu treffen. Das liegt vor allem an fehlender Transparenz – zum Beispiel durch verständliche und klare Kennzeichnung. Häufig bestehen aber auch keine wirklichen Alternativen. Gerade im umsatzstarken IT-Sektor gibt es hier Probleme. Das EU-Effizienzlabel betrachtet nur ein Kriterium. Dadurch ist eine Entscheidung für nachhaltige Produkte nicht möglich.

Dieses Ungleichgewicht auf dem Markt zwischen Produzenten und Konsumenten kann die Politik durch ihre Steuerungsmöglichkeiten beeinflussen. Einheitlich geltende Mindeststandards auf wirksamem, also Ressourcen und Klima schonendem Niveau schaffen gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle. Vergleiche hierzu die Ausführungen des PBNE zum Schwerpunktthema „Nachhaltiges Wirtschaften“.

Die im Fortschrittsbericht 2012 dargestellten Aspekte der Produktpolitik und der Kreislaufwirtschaft sind zu begrüßen. Letztendlich wird es darauf ankommen, Produkte stärker nach Effizienz und Nutzung zu gestalten und sicherzustellen, dass die Bestandteile am Ende des Lebenszyklus wieder verwendet werden können.

IV. Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen

Die tägliche Zunahme der Verkehrsfläche seit 1990 um 23 Hektar macht deutlich, dass die Bundesverkehrswegeplanung dringend eines demografiebasierten Konzeptes bedarf, denn alle Prognosen deuten auf eine abnehmende Bevölkerung hin. Instrumente, wie sie in den vergangenen Jahren geschaffen wurden, helfen alleine nicht weiter. Es gilt in erster Linie die kontraproduktiven Maßnahmen, wie Zerschneidung von Landschaften durch Straßenbau

sowie Subventionierung von Biodiversität mindernden Agrarsystemen, einzustellen (vgl. hierzu die Ausführungen bei den Indikatoren Artenvielfalt, Mobilität und Landwirtschaft sowie unter E.II Nachhaltige Mobilität.).

Bei der biologischen Vielfalt im Meer kann Deutschland einen Beitrag leisten, indem es sich im Rahmen der EU-Fischereipolitik konsequent für eine möglichst schnelle Bewirtschaftung der Fischbestände auf einem Niveau oberhalb des Maximalen Dauerertrags (MSY) und für ein Beifangverbot nicht nur für die kommerziell genutzten, sondern für alle Arten einsetzt. Außerdem kann Deutschland einen größeren Beitrag zur Forschung und Entwicklung selektiver und ökosystemschonender Fangtechniken leisten. Nur so kann es gelingen, die Artenvielfalt und den Bestand der einzelnen Arten auf einem Niveau zu halten, das auch künftigen Generationen noch den Verzehr von Fisch ermöglicht. Sowohl EU-weite Regelungen für den Fischfang als auch Regelungen, die die Nachhaltigkeit von Aquakulturen gewährleisten, sind ein richtiger Schritt in diese Richtung.

Die weitere Förderung von „anderen Formen nachhaltiger Landwirtschaft“ aus dem Bundesprogramm Ökologischer Landbau zeigt auf, dass allein das Nachhaltigkeitsziel, den Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche auf 20 Prozent auszuweiten, eventuell nicht ausreichend ist. Die Ausweitung der Fördertatbestände im Förderprogramm stellt einen Widerspruch zum ursprünglichen Ziel dar, sofern die „anderen Formen nachhaltiger Landwirtschaft“ nicht klar definiert sind.

V. Gesundheit

Der Gesundheitssektor ist einer der wenigen Bereiche, in denen der technische Fortschritt kaum zu Kostenreduzierungen beiträgt. Im Gegenteil: Mit fortschreitender Verbesserung der medizinischen Möglichkeiten steigen auch die Gesundheitsausgaben. Dies stellt sowohl die gesetzliche (GKV) als auch die private Krankenversicherung (PKV) vor Probleme. Dabei darf die Bewertung von Therapie-Angeboten nicht allein unter dem Blickwinkel kurzfristiger Ausgaben erfolgen, sondern muss auch langfristige Kostenentwicklungen berücksichtigen, wenn durch eine Behandlung kostenintensive Krankheiten nachweislich geheilt werden oder die Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt wird. Die Prävention sollte gestärkt werden.

Zur gesundheitlichen Prävention gehören auch Vorsorgeuntersuchungen, um Krankheiten möglichst frühzeitig zu erkennen. Dies führt zwar kurzfristig zu höheren Ausgaben bei den Krankenkassen, kann langfristig aber Lebensqualität steigern und Kosten reduzieren.

Ein wichtiger Aspekt ist die Prävention durch Umweltschutz. Wobei in der heutigen Zeit immer mehr dem Lärmschutz eine große Bedeutung zukommt. Hier ist es wichtig, künftig nicht mehr nur nach objektiv messbaren Dezibel-Durchschnittswerten zu entscheiden. Wichtig ist auch, andere Aspekte von Lärm, wie unterschiedlich wahrgenommene Frequenzen und Lärm-Spitzen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Nachts reicht ein lauter LKW pro Stunde aus, um die Anwohner regelmä-

ßig aus dem Schlaf zu reißen. Da nützt es wenig, wenn im Durchschnitt die Lärmgrenzwerte nicht überschritten werden.

VI. Soziale Eingliederung, Demografie und Migration

Deutschlands Zukunft zu gestalten, ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bund, Länder und Kommunen sind gleichermaßen in der Pflicht. Soziale Eingliederung, die Gestaltung der demografischen Entwicklung sowie die Integration von Migrantinnen und Migranten dürfen keine Frage der kommunalen Finanzausstattung sein. Die Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement wird anerkannt.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass das Themenfeld „Soziale Eingliederung, Demografie und Migration“ im Fortschrittsbericht 2012 aufgenommen wurde, kritisiert aber dessen im Vergleich zu anderen Themen knappe Darstellung. Da die Indikatoren in diesen Feldern allesamt keinen positiven Verlauf signalisieren, ist zudem eine reine Auflistung von Maßnahmen nicht zielführend. Deutschland muss auch in Zukunft ein Land mit hohem Wohlstandsniveau, ökonomisch erfolgreich, ökologisch vernünftig und sozial gerecht sein. Dafür braucht es langfristig angelegte und ganzheitliche Konzepte, insbesondere im Hinblick auf die demografische Entwicklung.

Die Berücksichtigung der Auswirkungen des demografischen Wandels spielt nicht nur bei der Frage nachhaltigen Wirtschaftens eine große Rolle. Insgesamt stellt der demografische Wandel unsere Gesellschaft in vielen Bereichen vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung von Diskussionen zur nachhaltigen Entwicklung zu setzen. Mit dem demografischen Wandel einher geht die Gefahr des Fachkräftemangels. In erster Linie ist die deutsche Wirtschaft gefordert, durch gezielte Maßnahmen die vorhandenen Potenziale auszuschöpfen. Dies betrifft sowohl die bislang nicht ausreichend genutzten Potenziale sowohl von jungen Menschen, die sich in einer Maßnahme des Übergangssystems zwischen Schule und Berufsausbildung befinden, als auch die von Frauen als auch die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und die Qualifizierung Arbeitsloser. Die staatliche Verantwortung ist mehr gefordert, wenn es um verstärkte Anstrengungen und Initiativen im Bereich Ausbildung und Qualifizierung sowie um die Schaffung tragfähiger Rahmenbedingungen für die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt geht.

Frühkindliche Bildung und Betreuung sind konsequent weiter auszubauen. Alle Menschen, egal mit welchem kulturellen Hintergrund, sollten ihre Potenziale entfalten und sich in die Gesellschaft integrieren können. Der im September 2012 vorgelegte OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ stellt fest: In Deutschland ist im Bildungswesen bedauerlicherweise immer noch die Herkunft von großer Bedeutung. Deshalb sind verstärkt individuelle Potenziale der Kinder zu fördern. Deutschland wendet weniger Mittel für Bildung auf als vergleichbare Staaten, und Deutschland ist eines der europäischen

Schlusslichter, wenn es darum geht, Menschen mit Migrationshintergrund über Bildung zu integrieren.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und im Hinblick auf den demografischen Wandel werden Konzepte für gute und faire Arbeitsbedingungen, flexible Arbeitszeitmodelle, Gesundheitsförderung sowie bezahlbarer und bedarfsgerechter Wohnraum benötigt, das wird auch aus der Betrachtung der Indikatoren deutlich. Zu begrüßen ist der Fokus auf familiengerechte und damit vor allem flexiblere Arbeits- und Arbeitszeitmodelle. Dies verbessert nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern stärkt auch das Potenzial ehrenamtlichen Engagements.

Der Beirat fordert, dass der wichtige Themenbereich der „Sozialen Eingliederung, Demografie und Migration“ im nächsten Fortschrittsbericht einen deutlich gewichtigeren Platz einnimmt und in der Ressortabstimmung mehr Rücksicht auf die Ergebnisse des Indikatorenberichts zur nachhaltigen Entwicklung gelegt wird. Die Indikatoren sollten entsprechend der Vorschläge des PBNE im Indikatorenteil der Unterrichtung optimiert werden.

VII. Globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und nachhaltige Entwicklung

Der PBNE begrüßt das Bekenntnis der Bundesregierung nachhaltige Entwicklung global zu denken. In diesem Sinne orientiert sich die zehnte Managementregel der Nachhaltigkeitsstrategie ausdrücklich an den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) der Vereinten Nationen.

Der PBNE weist auf das von der Bundesregierung kaum thematisierte Spannungsverhältnis zwischen Zielen hin, etwa Menschenrechte und deutsche Interessen oder die Bestimmung politisch-wirtschaftlicher Eliten als Träger für Entwicklungsprozesse und Förderung der breiten Zivilgesellschaft. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der programmatischen Schwerpunktsetzung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf gute Regierungsführung, menschenwürdiges Leben, ökologisch verantwortliches und Arbeit schaffendes Wachstum sowie faire Strukturen der internationalen wirtschaftlichen und politischen Kooperation. Der im BMZ eingerichtete Ressortkreis Internationale Zusammenarbeit sollte diesbezüglich gestärkt werden.

Aus Sicht des PBNE hat die Weltwirtschaft Gewinner und Verlierer, die Früchte der Globalisierung sind sowohl in als auch zwischen den Ländern ungleich verteilt. So hat das Einkommensgefälle zwischen den reichsten und ärmsten Ländern über die letzten Jahrzehnte deutlich zugenommen. Auch wenn es einigen Ländern wie den Schwellenländern Ostasiens (Südkorea, Taiwan, Singapur) und den G5-Staaten (Brasilien, Indien, China, Mexiko, Südafrika) gelungen ist, ihre Wirtschaften und Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen und Direktinvestitionen anzuziehen, so haben vor allem die Industrieländer wegen ihres Vorsprungs in Sachen

Kapitalausstattung, Dienstleistungen sowie Know-How und Technologie vom internationalen Gütertausch und der Erschließung neuer Märkte profitiert. Weil der Großteil des Welthandels zwischen Industrie- und Schwellenländern stattfindet, ist eine nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich besonders wichtig.

Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung benennt Wirtschaftswachstum durch Investitionen, technische Innovationen und freien Handel als eine wesentliche Voraussetzung für weltweite wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze. Erfahrungen von Ländern wie China, Indien und Vietnam, die ihre großen Binnenmärkte zunächst gezielt geschützt und erst schrittweise geöffnet haben, oder Südkorea, das durch staatliche Investitionsschübe Industrialisierung und Fortschritt erzielt hat, zeigen jedoch, dass es unterschiedliche Entwicklungsstrategien mit unterschiedlichen Graden der Marktöffnung sein können, die zum Erfolg führen.

In Entwicklungs- und Schwellenländern kommt Wirtschaftswachstum nicht automatisch allen Bevölkerungsgruppen zugute und fördert nicht zwangsläufig soziale Mobilität. Gerade Frauen, die bei der Durchsetzung weitreichender friedlicher Veränderungen in der Welt häufig eine zentrale Rolle einnehmen, werden oft sowohl strukturell benachteiligt als auch aktiv diskriminiert. Ein gleichberechtigter Zugang zu Partizipationsmöglichkeiten, Bildung, Produktionsmitteln ist entscheidend. Weil Armut und Ungleichheit sozialen Zusammenhalt gefährden und politische Instabilität schaffen, regt der PBNE in diesem Zusammenhang eine erhöhte Sensibilität an. Innovation und Finanzierungsangebote vor Ort für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen zur Unterstützung einer nachhaltigen, inklusiven Wirtschaftsentwicklung, Förderung einer fairen Welthandelsordnung, Unterstützung der Entwicklungsländer und die Stärkung der Zivilgesellschaft ohne Parteinahme für bestimmte Gruppen sind Schritte in die richtige Richtung. Im Sinne der zehnten Managementregel, dass die Menschen in allen Ländern an den wirtschaftlichen Entwicklungen teilhaben können, weist der PBNE darauf hin, dass Deutschland als der leistungsstärksten Volkswirtschaft der EU und weltweit viertstärksten Nation bezüglich des Bruttoinlandsproduktes auf globaler Ebene eine besondere Verantwortung zuteil kommt.

Angesichts von Debatten um das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Entwicklungsfinanzierung weist der PBNE darauf hin, dass die Entwicklungszusammenarbeit (wie beispielsweise die zuletzt von den Industrieländern auf der Weltklimakonferenz 2010 in Cancún bekräftigte finanzielle Unterstützung der armen Länder bei der Emissionsminderung und der Anpassung an die Veränderungen infolge des Klimawandels in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar bis 2020) für Deutschlands Wirtschaft eine günstige Hebelwirkung entfalten kann. Neben der Förderung global nachhaltiger Entwicklung entstehen hier langfristige Effekte, die nicht durch kurzfristige Haushaltsplanung behindert werden sollten.

VIII. Allgemeine und berufliche Bildung

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass Aspekte nachhaltiger Entwicklung immer stärker in die Qualitätsanforderungen der Berufsausbildung und der Fortbildungen einfließen. Gerade im Bildungsbereich können die Grundlagen gelegt werden, die Leitlinien nachhaltiger Entwicklung mehr und mehr im individuellen wie im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Wenn es gelingt, die Aspekte nachhaltiger Entwicklung durchgehend in alle Bereiche der Bildung zu integrieren – also von der Kindertagesstätte, über die Schule, die duale Ausbildung, die Hochschulausbildung und die Weiterbildung – wird es auch gelingen, dass der Nachhaltigkeitsgedanke selbstverständlich in alle Facetten des täglichen Lebens hineinwirkt.

Wichtig ist aus Sicht des PBNE, dass diese Entwicklung auch über die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ hinaus unterstützt wird.

IX. Forschung und Entwicklung

Es ist zu begrüßen, dass die Forschungsausgaben der öffentlichen Hand trotz Finanzkrise nicht gekürzt, sondern im Gegenteil sogar erhöht worden sind. Forschung und Entwicklung sind gerade in einem rohstoffarmen Land Motor der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Anstrengungen zur Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind zu intensivieren. Sowohl Politik als auch Wirtschaft müssen den erfolgreichen Weg, der in den letzten Jahren eingeschlagen wurde, weiter fortsetzen und dürfen sich nicht darauf ausruhen, dass die Zielperspektive beim Indikator 8 erheblich gestreckt und damit der Druck gemindert worden ist.

Zu Kapitel J: Nachhaltige Entwicklung in Europa

Nachhaltigkeit muss Leitprinzip der europäischen Politik sein, sowie umfassend und konsequent Berücksichtigung finden. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung stellt fest, dass die EU-Nachhaltigkeitsstrategie im Rahmen des organisatorischen Gesamtgefüges der EU-Institutionen noch nicht gut verankert ist. Die Umsetzung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie muss stärker in der Arbeit des Europäischen Parlamentes, des Ministerrates, des Europäischen Rates und der Kommission verankert werden, sodass die nachhaltige Entwicklung zur Richtschnur europäischer Politik werden kann. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung fordert die Bundesregierung auf, sich für eine institutionelle Begleitung der EU-Nachhaltigkeitspolitik in einem zentralen, möglichst ressortübergreifenden Bereich in der EU-Kommission und für eine permanente Ratsarbeitsgruppe „Nachhaltige Entwicklung“ beim Europäischen Rat einzusetzen.

Der von der EU-Kommission und dem Vorsitz des Europäischen Rates angesprochene Aspekt des Folgenabschätzungssystems der EU ist aus Sicht des PBNE zu unterstützen. Wenn die möglichen Auswirkungen von

Vorhaben auf die Bereiche Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt konsequent geprüft werden, kann dies zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Voraussetzung ist jedoch eine transparente und nachvollziehbare Darstellung der bei der Prüfung gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse, wie sie auch durch die in die deutsche Gesetzesfolgenabschätzung integrierte Nachhaltigkeitsprüfung angestrebt ist. Nur so ist eine prioritätenorientierte nachvollziehbare Entscheidung unter angemessener Berücksichtigung der gewollten Wirkungen und möglicherweise ungewollten Nebenwirkungen möglich.

Das Verhältnis der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie als Dachstrategie und den weiteren Strategien, wie Europa 2020, zueinander ist nicht eindeutig. Der PBNE setzt sich für eine Verknüpfung ein, bei der die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie auf die langfristige Überwachung der Indikatoren abzielt, während die weiteren Strategien konkrete zielführende Maßnahmen benennen.

Eine große Schwäche der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie ist, dass die von Eurostat festgelegten Indikatoren nicht politisch diskutiert und damit für die Mitgliedstaaten nicht bindend sind. Daher müssen die Indikatoren in einem politischen Prozess debattiert und vereinheitlicht werden – dies gilt sowohl für die Überarbeitung als auch für die Entwicklung weiterer Indikatoren.

Um sicherzustellen, dass die Ziele der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie EU-weit einheitlich anerkannt und verfolgt werden, ist es zudem erforderlich, die Indikatoren und Ziele – sofern nicht bereits geschehen – zwischen der EU und den Mitgliedstaaten abzustimmen. Nur wenn die EU mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie und die Mitgliedsländer mit ihren nationalen Nachhaltigkeitsstrategien an denselben Zielen festhalten und arbeiten, lässt sich die EU-Nachhaltigkeitsstrategie effektiv verfolgen. Über die EU-Ziele hinausgehende Zielvorgaben in nationalen Nachhaltigkeitsstrategien bleiben davon unberührt – die EU gibt hier lediglich einen Mindestrahmen vor.

Aus Sicht des PBNE hätte die Fortschreibung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie spätestens auf der EU-Ratssitzung im Dezember 2011 beschlossen werden sollen. Dieser Beschluss wäre ein wichtiges Signal an die Konferenz Rio+20 im Mai 2012 gewesen, dass die Europäische Union nicht nur eine Nachhaltigkeitsstrategie zu deklaratorischen Zwecken, um der Pflicht zu genügen, erarbeitet hat, sondern dass die EU das Thema nachhaltige Entwicklung auch künftig mit großem Engagement betreiben wird. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung begrüßt, dass der EU-Umweltministerrat – auch auf Betreiben der Bundesregierung – im Oktober 2012 einen Beschluss zur Weiterentwicklung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie gefasst hat. Der PBNE fordert die Bundesregierung auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Fortschreibung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie nunmehr möglichst rasch beginnt und die Ergebnisse der Konferenz von Rio in der weiterentwickelten EU-Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt werden.

Zu Kapitel K: Nachhaltigkeit im Rahmen der Vereinten Nationen

Die Konferenz von Rio 2012 ist die große Hoffnung gewesen, Nachhaltigkeit im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) weiter zu stärken. Das Fazit der Nachhaltigkeitskonferenz von Rio 2012 fällt allerdings durchwachsen aus. Es gibt kleine Fortschritte im globalen Nachhaltigkeitsprozess. Viele wichtige Entscheidungen wurden vertagt und Erwartungen nicht erfüllt. Die Enttäuschung darüber – gerade auch bei den Nichtregierungsorganisationen – ist verständlich.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat lange auf Rio+20 hingearbeitet. Er hatte sich im Vorfeld der Einschätzung angeschlossen, dass eine Reform der VN-Umwelt- und Nachhaltigkeitsstrukturen Grundvoraussetzung ist, um die Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung wirksam umzusetzen. In einem interfraktionellen Antrag hat er im September 2011 die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Stärkung der globalen Nachhaltigkeitsinstitutionen einzusetzen. So sollten sowohl das Umweltprogramm der Vereinten Nationen zu einer Sonderorganisation aufgewertet als auch die VN-Kommission für nachhaltige Entwicklung gestärkt wer-

den. Denn es braucht starke Institutionen, um die Idee von Rio einer nachhaltigen Wirtschaftsweise in die Praxis umzusetzen.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen wurde leider nicht zu einer vollwertigen VN-Sonderorganisation aufgewertet, jedoch zumindest gestärkt.

Hinsichtlich des zweiten großen Themenfeldes „Green Economy“ ist positiv zu bewerten, dass sich die Konferenzteilnehmer dazu verpflichtet haben, künftig verstärkt ressourcensparender und kohlenstoffärmer zu wirtschaften.

Nicht gelungen ist in Rio die Formulierung konkreter globaler Nachhaltigkeitsziele. Der PBNE begrüßt, dass aber zumindest ein Prozess für deren Entwicklung gestartet wurde. Insgesamt hätte sich der PBNE aber mehr Verbindlichkeit gewünscht, um sich in zehn Jahren nicht mehr über Ziele, sondern über Ergebnisse zu unterhalten. Im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung ermuntert der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung die Bundesregierung, das ihr Machbare zügig in Angriff zu nehmen und sich für eine Beteiligung nationaler Parlamente an der Erarbeitung von globalen Nachhaltigkeitszielen einzusetzen.

